



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer festschriftlichen Zeile 20 Pf., Zeile 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 61. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 6. Februar 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Herrenhauses vom 5. Februar.

12 Uhr. Am Ministertische Fürst Bismarck, Graf zu Eulenburg, Camp-Hausen, Leonhardt, Friedenthal, Geh. Rath Tiedemann u. A.

Die Präsidenten sind fast bestet.
Präsident Herzog von Ratibor: Meine Herren, ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, Ihnen persönlich meinen aufrichtigsten Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches Sie mir durch die Wahl zum Präsidenten entgegengebracht haben. Ich halte es für eine dringende Pflicht, das jetzt nachzuholen und erkläre, daß ich die Wahl zum Präsidenten des Hauses dankend annehme. Ich werde mich bemühen, den Verpflichtungen möglichst nachzukommen und unparteiisch die Geschäfte zu führen und zu fördern; ich bitte um Ihre mir so nothwendige Nachsicht und wohlwollende Unterstützung.

Der Präsident theilt hierauf mit, daß das Präsidium des Hauses anlässlich des Hinscheidens der Prinzessin Karl Sr. Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin die Theilnahme des Hauses ausgedrückt habe; Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl habe in seinem tiefen Schmerze den Empfang des Präsidiums abgelehnt und seinen Dank für die ausgebrückte Theilnahme in einem Handschreiben ausgesprochen.

Neu eingetreten ist Professor Jorchhammer aus Kiel; verstorben der Herzog Eugen von Württemberg. Das Haus ehrt sein Andenken in üblicher Weise.

Das Mandat der Herren v. Rabe, Elwanger und Baumstark als Mitglieder der statistischen Centralcommission und des Herrn Sulzer als Mitglied der Staatsschuldencommission ist erloschen; die Neuwahl wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Eingegangen sind: ein Staatsvertrag, betreffend die Grenzregulierung zwischen Preußen und der freien Stadt Hamburg, der 28. Bericht der Staatsschuldencommission, welche durch einmalige Schlussberatung im Plenum, der Gesammtversammlung, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, die durch Plenarberatung erledigt werden sollen; ferner ein Gesetzentwurf, betreffend die Amortisation von Actien und auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen der Actien-Gesellschaften in Schleswig-Holstein, der der Justizcommission und ein Gesetzentwurf, betreffend die Unterbringung von verwaisten Kindern in Erziehungs- oder Besserungs-Anstalten, welcher einer besonderen Commission von 15 Mitgliedern überwiesen wird.

Die Interpellation des Grafen Schulenburg-Wechendorf, betreffend die Aufhebung der Sequestration des Vermögens des Königs von Hannover wird vorläufig vertagt. Das Haus tritt in die Beratung des Gesetzentwurfs wegen Aufhebung des Lehnverbandes im Geltungsbereich des ostpreussischen Provinzialrechts.

Eine Discussion knüpft sich im Wesentlichen nur an die Frage, ob eine Entschädigung für die Aufhebung des Lehnverbandes an die Lehnberechtigten überhaupt gerechtfertigt, und sodann, ob sie nach Lage der Lehen in Preußen angemessen und zulässig sei. Graf zur Lippe hat eine Reihe von Amendements gestellt, welche die Pflicht der Entschädigung gesetzlich feststellen sollen.

Referent Prof. Dr. Dernburg: Die Nothwendigkeit und das Bedürfnis zu diesem Gesetzentwurf ist von allen Seiten anerkannt worden; eine Meinungsdivergenz entstand nur über die Entschädigungsfrage. Es ist allerdings Thatsache, daß bei Aufhebung der pommerschen und brandenburgischen Lehen die Entschädigung gewährt worden ist, und principiell wurde auch das Recht von der Commission anerkannt; aber die provinzialen Verhältnisse Ostpreußens liegen ganz anders, wie in den andern Landestheilen, besonders herrschen dort fast unbeschränkte Veräußerungs- und Verpfändungsbefugnisse, so daß das Lehnrecht vollständig seinen Werth verliert. Deshalb hat sich das ostpreussische Tribunal, sowie der Provinziallandtag gegen die Entschädigung ausgesprochen, und die Commission hat die Entschädigung mit 6 gegen 6 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Die Veränderungen, welche die Commission beschloffen hat, sind lediglich redactioneller oder juristischer Natur.

Justizminister Dr. Leonhardt erklärt sich mit den Beschlüssen der Commission in allen Punkten einverstanden.

Graf zur Lippe: Bisher haben wir stets den Grundsatz festgehalten, daß die agnatischen Rechte als wohlverworbene Rechte anzusehen seien, die man auch durch Gesetz nicht anders aufheben könne, als gegen Entschädigung. Diesen Grundsatz haben wir auch bei Aufhebung der Lehen in Pommern und Brandenburg aufrecht erhalten; dieser Gesetzentwurf geht aber von diesem Grundsatz ab. Nun liegen die Verhältnisse in Preußen im Einzelnen zwar etwas anders, in Bezug auf den Werth der Lehen dagegen gilt hier dasselbe wie für die andern Provinzen. Es bestehen allerdings in Ostpreußen Veräußerungs- und Verpfändungsbefugnisse für die Lehnbesitzer, aber dieselben werden außerordentlich beschränkt, einestheils bei bestehender Descendenz durch das Gefühl des Besitzers, seinen Nachkommen einen Besitz in gutem Zustande zu hinterlassen, andernteils aber durch die Nothwendigkeit der Einwilligung des Lehnsherrn, welche äußerst schwierig zu erlangen ist. Somit sind die Agnatenrechte durchaus nicht werthlos, und deshalb ist es auch nothwendig, daß bei Aufhebung der Lehen eine Entschädigung gewährt werde, und zwar in einer Form, daß sie der ganzen Familie zu Gute komme. Ich bitte Sie deshalb, meine Anträge anzunehmen.

Graf Lettau führt aus seiner Erfahrung Beispiele für den Werth der Agnatenrechte in Ostpreußen an und plaidirt für die Anträge des Grafen zur Lippe.

Graf zu Eulenburg erklärt sich für die Aufhebung der Lehen ohne jede Entschädigung, weil die Rechte der Agnaten einen materiellen Werth, wenigstens in dem Maße, wie es Graf zur Lippe behauptet, nicht hätten.

v. Simpson-Georgenburg will die Gerechtigkeit nach beiden Seiten hin wahren; der Vortheil, welcher dem Lehnbesitzer durch die Aufhebung des Lehnverbandes entstehe, müsse genau mit seiner Verpflichtung gegen die Agnaten correspondiren.

Generalsekretär v. Heyer hebt die Möglichkeit des Antrages des Grafen zur Lippe für die jetzigen Fideicommissbesitzer hervor. Er sei nur für die Lebensbesitzer vorthellhaft, wenn man die in demselben vorgesehene Vererbung des Lebens in ein Familienfideicommiss ins Auge fasse, deshalb sei er gegen den Antrag.

Nachdem noch Graf Brühl und der Antragsteller für den Antrag eingetreten, charakterisirt Geh. Rath Herzbruch den Standpunkt der Regierung dahin, daß sie die Rechte der Agnaten zwar für wohlverworbene halte, daß sie aber bezüglich der Werthschätzung derselben dem Ausdruck des ostpreussischen Tribunals beitrete.

Referent Prof. Dernburg betont, daß die Ansicht der Commission über den thatsächlichen Werth der Agnatenrechte getheilt gewesen sei, und daß er die Entschädigung dem Hause anheimstelle.

Darauf werden die Anträge des Grafen zur Lippe angenommen und in Consequenz davon §§ 9 und 13 der Vorlage gestrichen. Alle übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs werden unverändert genehmigt und ebenso der Gesetzentwurf im Ganzen.

Es folgt die Verlesung der Interpellation des Grafen von der Schulenburg-Wechendorf: Die königliche Staatsregierung wird um Auskunft ersucht: welche Schritte dieselbe gethan hat oder zu thun beabsichtigt, um dem von dem letzten hannoverschen Provinziallandtage einstimmig angenommene Anträge auf Aufhebung der Sequestration des Vermögens des Königs Georg Folge zu geben?

Auf die Anträge des Präsidenten erklärt Fürst Bismarck, daß die Interpellation sofort werde beantwortet werden.

Graf v. d. Schulenburg-Wechendorf: Meine Interpellation knüpft sich an einen Antrag des hannoverschen Provinziallandtages vom 27. September 1876, ohne daß sie jedoch dasselbe Ziel wie ersterer verfolgte, weil das schon nach unserer Geschäftsordnung unmöglich ist, welche die Verbindung eines positiven Antrages mit einer Interpellation nicht gestattet. Der zum Beschluß erhobene Antrag war geeignet, gerechtes Aufsehen zu erregen, weil der hannoversche Provinziallandtag anders zusammengesetzt ist als unsere übrigen modernen Provinziallandtage. Er ist nicht aus einer drei-

fachen Wahl hervorgegangen, wodurch meistens ein Niederschlag von Bürgermeistern und Beamten entsteht, sondern er hat den Vorzug, daß alle Verfassungs- und Bevölkerungsklassen in demselben vertreten sind. Für jenen Antrag wurden nur zwei Reden gehalten, die eine vom Grafen Knipphausen, die andere vom Landesdirector v. Bennigsen, worauf derselbe einstimmig angenommen wurde.

Sowohl diese Einstimmigkeit als auch der Umstand, daß ein in nahen Beziehungen zur Staatsregierung stehendes Mitglied für diesen Antrag eingetreten ist, war geeignet, Aufsehen zu erregen, und ließ die Ansicht wohl Blas greifen, daß dasselbe im Einverständnis mit der Staatsregierung handele. Ob das wirklich der Fall war, ist mir unbekannt. Man wird mir erwidern, man könne diese Angelegenheit füglich den Hannoveranern überlassen. Ich hatte auch zuerst nicht die Absicht, dem Landesdirector v. Bennigsen und seinen hannoverschen Freunden im Abgeordnetenhaus vorzugreifen. Nachdem sie aber den geeigneten Zeitpunkt nach Eröffnung des Landtages haben vorübergehen lassen, habe ich mich dazu veranlaßt gesehen, denn ich konnte nicht glauben, daß der Präsident v. Bennigsen und der Landesdirector v. Bennigsen zwei verschiedene Seelen sind, je nachdem er in Hannover oder hier sich aufhält. Auch den Vertretern von Hannover in diesem Hause konnte ich die Angelegenheit nicht überlassen, denn man hat es nicht für nöthig gehalten, nach der Annexion der Provinz diejenigen Leute alle in das Herrenhaus zu berufen, welche durch Besitz und sociale Stellung dazu berufen waren. Ich habe nun gar nicht das Bedürfnis, die Frage vom hannoverschen Standpunkt aus anzugehen, sondern gerade von meiner preussischen Stellung aus. Es erregt mir einen tiefen Schmerz, daß man einem depesitirten Fürsten das gegebene Versprechen nicht hält, weil wir dadurch die stille Flamme der Abneigung der deutschen Höfe nähren und den, wenn auch schweigenden Tadel Europa's gegen uns herausfordern. Der verstorbene Waldeck hat einmal im anderen Hause gesagt, er freue sich, daß so viele Fürsten depesitirt worden seien und zu meiner Beschämung hat diese Aeußerung wieder aus den Reihen der conservativen Partei, noch von der Ministerbank eine Erwiderung gefunden.

Die Fürsten haben nicht nur das Recht, die Gerichte zum Schutze ihrer Person anzugreifen, sondern auch Armeen zur Wahrung ihres Rechtes marschiren zu lassen. Allerdings wagt ein Herrscher, wenn er an die ultima ratio regis appellirt, Krone und Scepter. Dieses fürstlichen Rechtes hat sich König Georg bedient. Er hat sich, bevor er jöngst den Degen zog, Rath erholt bei seinem Justizminister, der heute in gleicher Eigenschaft vor uns sitzt, und dieser hat ihm gesagt, er habe Recht. Das ganze Verbrechen des Königs Georg war, daß Gott ihm das Augenlicht nahm, so daß er die mangelhafte Kriegsbereitschaft seiner Armee und seiner Bundesgenossen nicht sehen konnte. Nicht nur siegreiche Erfolge verdienen unsere Hochachtung, sondern auch die Hohenheit des Unglücks. Preußens Erniedrigung und spätere Erhöhung sollte uns das lehren; das sollte uns auch lehren die Vergeltung der Geschichte, welche man nicht ohne Grund herausfordern soll. Jener blinde König steht nun heimatlos da; seine Kinder, einst berufen, auf den Höhen des Lebens zu wandeln, zukunftslos; warum sollen wir ihm nicht die Summe von jährlich 500,000 Thalern verträglich geben, eine Summe, die sehr bedeutend für den Lebensunterhalt eines depesitirten Fürsten ist, aber verschwindend gering, um damit ohne Land und Leute Kriegsunternimmungen gegen uns anzuzetteln. Seit 1870 hat man von keinen feindlichen Unternehmungen des Königs Georg gehört und die früheren sollte man vom Standpunkte Macaulay's beurtheilen, der sagt, der Eilritze jehe alle Dinge in seinem Unglücke durch ein falsches Glas und handle demgemäß falsch. Man hat ja überdies die Möglichkeit, falls es zur Sicherung des Staates nöthig sein sollte, später jedesmal die halbjährliche Rente der Jinsen einzubehalten, wie ich überhaupt der Meinung im Gegentheil zur Regierung bin, daß diese ganze Angelegenheit nicht durch Gesetz, sondern verfassungsmäßig, wie jede Kriegsangelegenheit durch königliche Verordnung zu regeln sei.

Zum ersten Mal ist ganz Hannover aus seiner starren politischen Zurückhaltung herausgetreten und zur Beruhigung dieser Provinz sollte die Regierung ohne Rücksicht auf eine unglückliche welfische Agitation beide Hände bieten. Wenn die Söhne Hannovers treu zur Fahne Preußens halten, wenn die Hannoveraner Freude an der Einigung Deutschlands haben sollen, dann muß erst diese Angelegenheit aus der Welt geschafft sein. Wenn kein Object vorhanden ist, wogegen eine Abwehr zu richten ist, dann muß das Gesetz ausgeführt werden, wie es der Beschluß des hannoverschen Provinzial-Landtages will. Auf die Gerüchte, die über den Bestand des Fonds verbreitet werden, will ich nichts geben, aber ich kann mir nicht erklären, wie die ganzen Jinsen desselben, zur Abwehr welfischer Angriffe verwendet werden sollen. Von solchen Angriffen müßte man doch etwas merken; das ist aber nicht der Fall und deshalb habe ich meine Interpellation an die Regierung gerichtet.

Regierungscommissar Geheimrath Tiedemann: Die Staatsregierung betrachtet den jetzigen Zustand in Betreff der Sequestration des Vermögens des Königs Georg allerdings als einen provisorischen und wünscht lebhaft, daß man zu dem definitiven Zustand zurückkehren könne, welcher in dem mit dem König Georg getroffenen Abkommen seine Grundlage hat. Aber die Staatsregierung ist der Meinung, daß der Zeitpunkt, zu diesem Definitivum zurückzukehren, noch keineswegs gekommen ist. Sie versteht vollkommen, wie der hannoversche Provinziallandtag von dem beschränkteren provinzialen Gesichtspunkt aus einen Antrag, wie den gestellten, annehmen konnte; sie versteht aber weniger, wie in diesem Hause, dessen politischer Horizont sonst doch größere Dimensionen zu haben pflegt, dieser Antrag gewissermaßen reproduirt werden konnte — denn daß die Interpellation heute genau dieselbe Tendenz verfolgt, wie jener Antrag, das steht doch außer allem Zweifel. Für sich muß die Staatsregierung das Recht in Anspruch nehmen, die Frage lediglich aus dem Gesichtspunkte der gesammelten preussischen Interessen zu beurtheilen. Da liegt es nun nahe, zu erörtern: welchen Effect würde es haben, wenn dem Antrage jetzt Folge gegeben und so und so viel Millionen an den König Georg ausbezahlt würden. Hierüber giebt es gewisse Anhaltspunkte. Es ist interessant, daß schon die Hoffnung auf eine Abänderung des gegenwärtigen Zustandes, welche durch die Discussion im Provinzial-Landtage und die Annahme des dort gestellten Antrages erregt worden ist, daß schon allein diese Hoffnung die Agitation der welfischen Partei in ungewöhnlicher Weise herausgefordert hat, und daß diese Agitationen in der letzten Zeit einen Aufschwung genommen haben, wie wir in der ganzen Zeit vorher nicht zu beobachten Gelegenheit hatten.

Daß das keine leeren Behauptungen sind, dafür kann ich Beweise beibringen aus den Reden hervorragender Mitglieder der welfischen Partei, sowie aus Artikeln anerkannt welfischer Presseorgane. Durch alle Aeußerungen giebt sich als rother Faden; die Wiederherstellung Hannovers als selbstständiger Bundesstaat des Reiches unter seinem angestammten Könige Georg. (Der Regierungscommissar verliest zum Beweise eine Reihe von Aeußerungen der „Deutschen Volkszeitung“, sowie Stellen aus Wahlaufrufen und Reden von Mitgliedern der Welfenpartei anlässlich der letzten Reichstagswahlen.) Wenn schon in diesem Sinne während der letzten Zeit an fast allen Orten der Provinz Hannover gesprochen und geschrieben worden ist, so liegt doch die Frage nahe, welchen Ton würde die Presse und würden die Reden erst annehmen, wenn dem Könige Georg so viele Millionen ausbezahlt würden? Die Frage hat noch eine zweite Seite. Als im Jahre 1868 die Staatsregierung im Einverständnis mit beiden Häusern des Landtages dem Könige Georg eine so bedeutende Dotation gewährte, ging sie von der Voraussetzung und Hoffnung aus, daß damit der innere Frieden besichtigt werden würde. Sie glaubte, daß in dem Umstände, daß König Georg sich überhaupt auf einen derartigen Vertrag einließ, schon allein die Voraussetzung für seine friedliche Gesinnung liegen müsse. Sie wurde darin noch bestärkt durch die Aeußerung der Regierung eines großen auswärtigen Staates, welche meinte, daß es für den König Georg erforderlich sei, Frieden zu halten, nachdem er sich zur Annahme der Dotation bereit erklärt habe. Die Staatsregierung hat sich damals getäuscht; sie ist in einem Irrthum befangen gewesen.

Es etwas kann auch der vorläufigen Regierung einmal passieren; ein zweites Mal darf das nicht geschehen. Wollte die Regierung zum zweiten Male in dieser Weise sich täuschen lassen, wie im Jahre 1868, so würde sie

sich mit Recht den Vorwurf unverantwortlicher Schwäche zuschieben; einen solchen Vorwurf wünscht aber die Staatsregierung nicht auf sich zu laden. Die Staatsregierung wird nicht die Initiative ergreifen, um dem Provisorium ein Ende zu machen; sie wird abwarten, welche Schritte der König Georg thut; sie wird die Anträge, die er stellt, prüfen und darnach weiter verfahren. Die Staatsregierung wünscht eben so dringend, wie der Provinziallandtag, die Herstellung des inneren Friedens; sie wird, wenn König Georg wirklich die Hand zum Frieden und wirksame und genügende Garantien für seine Vertragstreue bietet, diese Hand ergreifen. So lange aber von einem solchen Entgegenkommen nichts zu hören ist und so lange die Anhänger der welfischen Partei und des Königs Georg Tag für Tag fortfahren, den Krieg zu predigen und in endlosen Gehärdet und aufreizenden Reden den Haß gegen uns und gegen die Zugehörigkeit zu Preußen zu schüren, so lange wird die Staatsregierung die Waffe, die ihr ein glückliches Geschick gab, nicht aus der Hand legen. (Beifall.)

Zu einer thatsächlichen Berichtigung erbittet sich das Wort: Graf von der Schulenburg-Wechendorf: Ich denke, dies Haus bedarf einer Belehrung des Regierungscommissars darüber nicht, was große und kleine Gesichtspunkte sind. Ich persönlich bin nicht in der Lage, von seiner Belehrung Gebrauch machen zu können.

Präsident Herzog von Ratibor bemerkt dem Redner, daß das keine thatsächliche Berichtigung gewesen ist. (Heiterkeit.) Hiermit ist die Interpellation erledigt.

Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung: Dinstag 1 Uhr. (Kleinere Gesetze: Wahl von drei Mitgliedern zur statistischen Central-Commission und eines Mitgliedes zur Staatsschulden-Commission.)

Berlin, 5. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Steuer-Einnahmer, Major a. D. Halter zu Döhlen im Kreise Solingen, den Rothen Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Landrath Himmel zu Kofel den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen; sowie den außerordentlichen Professor Dr. theol. Theodor Zahn in Göttingen zum ordentlichen Professor in der theologischen Facultät der Universität zu Kiel; und den außerordentlichen Professor Dr. Richard Bissel in Kiel zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der dortigen Universität ernannt.

Die bisherigen commissarischen Kreis-Schulinspektoren Dr. Leopold Tieg in Braunsberg, Gustav Vigouroux in Wartenburg, Joh. Herm. Rudolph Barth in Guttstadt und Johannes Seemann in Heilsberg sind zu Kreis-Schulinspektoren im Regierungsbezirk Königsberg i. Pr. ernannt worden. An dem katholischen Schullehrer-Seminar zu Kempen ist der provisorische Lehrer Velten als erster Lehrer definitiv angestellt worden. Der Consistorial-Rath Meyerhoff zu Steinfurt ist an das königl. Consistorium der Provinz Brandenburg versetzt worden. Der in die Oberpfalz zu Wiesenthal berufene bisherige Pfarrer und Superintendent Hermann Naguse in Krampitz ist zum Superintendenten der Diocese Bernau, Regierungsbezirk Potsdam, bestellt worden.

Berlin, 5. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfangen heute im Laufe des Tages den Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungskammer, Wirklichen Geheimen Rath von Stünzner, den Ober-Landforstmeister, Wirklichen Geheimen Rath von Hagen, den Director im Reichs-Justizamt Hanauer und den königl. Kammerherrn von Gustedt.

Beide kaiserliche Majestäten wohnten gestern dem Gottesdienste im Dome bei. Allerhöchstdieselben besuchten den Wohlthätigkeits-Bazar für das Hedwigs-Krankenhaus im Fürstlich Radzwillischen Palais und dinirten bei Ihren kaiserlichen und königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Heute empfingen Ihre Majestäten den Besuch Sr. Kaiserl. Hoheit des Großfürsten Constantin auf Sr. Durchreise von Stuttgart nach St. Petersburg und sand zu Seinen Ehren ein Familienbinder im königlichen Palais statt.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend Vormittags die Meldung des General-Majors v. Webern, Commandeurs der 6. Infanterie-Brigade, entgegen. Nachmittags besuchten Ihre Kaiserl. Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften, als am Geburtstage weiland Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin Carl, die Schloßcapelle in Charlottenburg.

Gestern Vormittag wohnten Ihre Kaiserl. und königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin und Se. königl. Hoheit der Prinz Wilhelm dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei. Später ertheilte Se. Kaiserl. Hoheit dem Pfarramts-Candidaten Dr. Vietscher Audienz und empfing den Geh. Ober-Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium des königl. Hauses v. Löper. Nachmittags 5 Uhr nahmen Ihre Majestäten an dem Diner bei Ihren Kaiserl. Hoheiten Theil.

Abends 9 Uhr begab sich Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz zur Begrüßung Sr. Kaiserl. Hoh. des Großfürsten Constantin von Rußland nach dem Anhalter Bahnhofe. (Reichs-A.)

* Berlin, 5. Febr. [Kriegerische Gerüchte.] Die roßigen, friedlichen Ausichten, von denen beispielsweise die Börse in dieser Zeit gelebt, scheinen doch noch nicht so sicher zu sein. Nicht allein, daß England wieder einmal etwas Front zu machen scheint gegen Rußland, so durchschwirren auch allerlei beängstigende Gerüchte die Luft; und einzelne von ihnen entbehren auch gar nicht der begründenden Momente. So sind, wie wir aus guter Quelle wissen, hier alle Staatsbauten, soweit irgend möglich, eingestellt oder auf ein Minimum reducirt, um alle Mittel disponibel zu halten für jeden etwa eintretenden Zwischenfall. Auch sind die Reservisten, welche etwas Caution zu stellen im Stande sind, aufgefordert worden, sich betreffenden Ortes zu melden, falls sie — auch wieder etwa eintretenden Falles — mit Unteroffiziersrang und Uniform als Markender eintreten wollen. Das Factum ist sicher, wenn es auch dementirt oder als etwas bei allen Manövern Vorkommendes für ganz irrelevant erklärt werden sollte. Weshalb, wozu, gegen wen? Das sind alles noch ungelöste Fragen, wenigstens verlaute bezüglich der Lösung noch nichts; aber auffallend ist es, und giebt viel zu denken, daß während etwa vor einem Jahre, zum Anfange der türkischen Verwirrungen, Rußland die französischen Pferdekäufe verboten hatte, dieselben jetzt freigestellt sind und Frankreich sehr viel russische Pferde ankauft. Rechnen wir dazu die Sprache der französischen Journale, so haben wir allerdings Ursache, etwas sorgenvoll in die Zukunft zu schauen.

— Berlin, 5. Febr. [Die Interpellation im Herrenhaus.] Die Zuhörer-Tribünen des Herrenhauses, sonst so öde und leer, daß seit geraumer Zeit das Scherzwort Geltung hat: die Verhandlungen dieses Hauses würden mit beschränkter Deffentlichkeit geführt, waren heute fast dicht besetzt. Selbst in der Diplomatenloge fand man kein leeres Plätzchen; in der Tribüne für die Abgeordneten befand sich ein großer Theil der Landboten aus Hannover und in einer bescheidenen Ecke der ersten Reihe sah man den Abg. Windthorst (Meppen). Auch die Hofloge war nicht unbefüllt. Eine Verhandlung über die Aufhebung des Lehnverbandes in Ostpreußen hatte wohl

Schwerlich diese zahlreiche Zuhörerschaft herbeigeführt; es gab ein anderes Anziehungsmittel für dieselbe: die Interpellation des Grafen Schulenburg-Beekendorf, welche wissen wollte, wann die Sequestration des Vermögens des Erbprinzen von Hannover aufgehoben werden würde. Die gefüllten Tribünen illustrierten das Vorhandensein der Welfenpartei in Berlin. Der Umstand, daß man nicht gemäß der Tagesordnung mit der Interpellation begann, sondern dieselbe auf eine spätere Sitzungshin aussetzte, bewies zur Genüge, daß man das Erscheinen des Fürsten Bismarck erwartete. Diese Hoffnung wurde auch nicht getäuscht. Der Ministerpräsident erschien wirklich an seinem Plage, harrte geduldig der Dinge, die da kommen sollten. Graf Schulenburg plaidierte als wackerer Advocat der Welfenfamilie und der Welfenpartei; die vielen Notizen, die Fürst Bismarck während seiner Rede machte, mußten die Vermuthung wachrufen, derselbe würde die Interpellation beantworten oder doch durch seinen Einfluß eine weitere Discussion veranlassen und in diese eingreifen. Diese Vermuthung erwies sich als irrig, die stellenweise recht derben Angriffe des Grafen Schulenburg wurden durch eine knappe und fast zu sachgemäße Rede des Reg.-Commissars Geh. Reg.-Rath Liedemann auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt. Die Regierung constatirte die verderblichen Wühlereien der Welfenpartei und erklärte sich außer Stande, dazu auch noch die Mittel gewähren zu sollen. Kurzer Hand war die Sache hiermit erledigt, allein es machte doch einen peinlichen Eindruck, daß nun keine weitere Befragung verlangt wurde und die Regierung ihrerseits nicht aus den Reihen des Hauses eine einzige Stimme fand, welche für ihren jedem wahren Vaterlandsfreunde so verständlichen Gesichtspunkt das Wort ergriffen hätte. Wie man hört, wird nun aus dem Centrum des Abgeordnetenhauses dieselbe Angelegenheit in letzterem in irgend einer Form zur Sprache gebracht werden. Hoffentlich werden sich da Stimmen finden, welche der Regierung beipflichten, wenn sie die Grunungschaften des Jahres 1866 sich nicht durch Welfen-Agitationen will verkümmern lassen. — Graf Schulenburg-Beekendorf wird übrigens bald wieder von sich reden machen, indem er in Gemeinschaft mit Herrn von Knebel-Döberitz beantragt, eine Petition der Staatsregierung in der Richtung zur Berücksichtigung zu überweisen, daß Seitens der Reichsregierung schleunigst eine Revision des Acten- und Gewerbewesens und des Unterstützungswohnsitzes erfolge und die Einsetzung einer Untersuchungscommission über die wirtschaftliche Lage des Landes im Zusammenhange mit den Privilegien des mobilen Capitals wünschenswerth erscheine.

Karlsruhe, 4. Febr. [Entgegnung.] Die neueste Nummer des badischen „Allgemeinen Boten“ enthält eine Entgegnung auf die Excommunications-Bulle des Bischofs Fesle gegen den vormaligen Dom-Präbendar Bauer, in welcher ausgeführt wird, daß die Behauptung Fesle's, Bauer habe seine Stelle eigenmächtig und heimlich verlassen, unwarhaft sei, da der Bischof genau von dem Schritte Bauer's unterrichtet gewesen. Viele württembergische Geistliche, heißt es weiter, wollten mit ihrer Entscheidung nur bis zum Tode des gegenwärtigen Papstes warten. Wenn sie übrigens glaubten, daß der zukünftige Papst Syllabus und Unfehlbarkeit zurücknehme, so könnten sie eben so schlimm angehen, wie ihr Bischof, welcher der Meinung sei, ein zukünftiges Concil werde dieses thun.

Mühlhausen, 4. Febr. [Veränderungen.] Wie bekannt, ist Assessor Grote zum Verwalter der Bürgermeisterei Colmar ernannt worden. Aber dieser blieb er nur zwei Tage lang und an seine Stelle tritt nun Herr Neumann, ebenfalls Assessor. Das neue Decret besagt einfach, daß Herr Grote den Wunsch ausgesprochen habe, man möchte ihm das außerordentliche Amt nicht übergeben. Der rasche Wechsel giebt in Elsaß viel zu reden.

Frankreich.

○ **Paris, 2. Februar, Abends.** [Parlamentarisches. — Musikalisches.] Die beiden Kammern hatten heute Sitzung. In den vorher stattfindenden Vereinigungen der republikanischen Union und der äußersten Linken der Deputirtenkammer unterhielt man sich ausschließlich von der Verurtheilung der „Droits de l'homme“. Beide Gruppen gaben ihrer Unzufriedenheit lebhaften Ausdruck und die Intransigenten-Gruppe beschloß, das Ministerium über die innere Politik im Allgemeinen zu interpelliren und bei dieser Gelegenheit die Affaire der „Droits de l'homme“ zur Sprache zu bringen. Morgen tritt die Gruppe wieder zusammen, um den Wortlaut dieser Interpellation festzustellen. — Nächsten Sonntag wird die Gesellschaft des Conservatoriums zum Andenken an Habeneck, den Gründer dieser Concerte, die nun schon seit 50 Jahren bestehen, ein Concert mit folgendem Programm geben: Die neunte Symphonie von Beethoven, Solisten: Fräulein Krauß, Madame Pissais, und die Herren Bouhy und Verguet, Arie aus Gluck's Armida, gesungen von Fräulein Krauß, das Septett von Beethoven. Am 9. Febr. wird dieselbe Gesellschaft in der Trinitätskirche eine Requiem-Messe ebenfalls zum Andenken an Habeneck an seinem Todestage ausführen. Die Abonnenten der Concerte werden Einladungen dazu erhalten.

○ **Paris, 3. Febr.** [Aus beiden Kammern. — Die „Republique française“ über die Stellung Jules Simon's. — Vom Cassationshofe. — Thiers. — Die Rekrutenausbildung und der kaiserliche Prinz. — Aus Rom. — Diplomatisches. — de Germiny.] Die beiden Kammern haben große Mühe, ihre Sitzungen auszufüllen, und man darf sich nicht wundern, wenn die Zahl ihrer Feiertage größer ist, als diejenige ihrer Arbeitstage. So verlagten gestern beide Versammlungen sich wieder bis zum Montage; der Senat hatte nach langer Discussion (die nicht eben durch große Klarheit glänzte) ein Gesetz Dupont's angenommen, welches die Steuerernehmer in den Städten wiederherstellt; in der Kammer hatte man einen Gesetzentwurf Lafrant's verworfen, wonach die Streitigkeiten zwischen den Generalräthen von dem Staatsrath geschlichtet werden sollen; angenommen wurde dagegen der Antrag Camille Sée's und J. Ferry's, die Stellen der Unterpräfekten von St. Denis und Sceaux zu unterdrücken. Wie man sich erinnert, hatte die Kammer versucht, dieselben thatsächlich abzuschaffen, indem sie bei der Budget-Commission die Gehälter der beiden Unterpräfekten strich. Der Senat war mit diesem Verfahren nicht einverstanden, und so hat die Kammer jetzt zu einem Gesetz ihre Zuflucht genommen. Es bleibt abzuwarten, ob der Senat dasselbe bestätigen wird. Man weiß noch nicht, ob die äußerste Linke ihren gestern gefaßten Entschluß, die Regierung über die Suspension der „Droits de l'homme“ und über die allgemeine Politik des Cabinets zu interpelliren, wirklich ausführen wird. Es ist klar, daß diese Interpellation den reactionären Parteien großes Vergnügen bereiten würde, und schon aus diesem Grunde rathen die gemäßigten Republikaner sehr von ihr ab. Nach den wiederholten Erklärungen des Conseil-Präsidenten kann es zum Mindesten in der That als überflüssig erscheinen, eine neue Rechtfertigung der allgemeinen Cabinetspolitik verlangen zu wollen. Jules Simon, der schon die Interpellation Tardieu's ziemlich übler Laune hinnahm, würde sich mit Recht darüber beklagen können, daß man ihn verhindern, seine Verwaltungsgeschäfte zu besorgen und daß die Kammer, in Ermangelung anderer nützlicher Arbeiten, sich die Zeit und Langeweile vertreiben wolle, indem sie die Minister neckt. Diese Auffassung des parlamentarischen Regiments wäre ganz nach

dem Geschmack der Bonapartisten; man begreift aber, daß sie nicht vollständig der Beifall des Publikums hat. Die Gambetta'sche „Republique“ bezieht sich denn auch zu erklären, daß die republikanische Partei in der Kammer es nicht darauf absehe, Jules Simon unangenehm zu sein oder seine Stellung zu erschweren. Auf die letzte Rede des Conseilpräsidenten anspielend, bemerkt die „Republique“ (mit einer leichten Ironie in der Form allerdings): „Der Conseilpräsident besitzt heute glücklicherweise eine Gewalt, von der er keine Parzelle entwidenden lassen will, die wahre Gewalt eines Premier-Ministers. Er hat seinen Agenten und Beamten von der Tribüne herab seinen Willen bekannt gemacht, weder offenen Ungehorsam, noch geheime Widerseßlichkeit gegen seine Befehle und seine Politik zu dulden. Er kann leicht durch seine Handlungen den Unversämten und Zweiflern beweisen, daß sie Unrecht hätten, seine kategorischen Erklärungen nicht für baaren Ernst zu nehmen. Was die gesetzlichen Reformen angeht, welche die Deputirtenkammer mit der Unterstützung der Regierung zu vollziehen bereit ist, so kann es Jules Simon keine Ueberwindung kosten, die Landesvertreter auf den guten Weg zu leiten. Ein Theoretiker der Freiheit und Mann der Regierung, hat der Conseilpräsident in allen Fragen, welche den Gesetzgebern unterbreitet werden können, die Meinungen eines Republikaners und Demokraten. Er ist fähig, Alles zu begreifen und zu discutiren und in den schwierigen Fragen, wenn nicht eine definitive Lösung, doch den befriedigendsten Compromiß zu Stande zu bringen. Er vermag also viel. Er hat selbst seine Unabhängigkeit proclamirt; innerhalb der Grenzen der Verfassung muß seine Action unwiderstehlich sein. Die Intriganten des Senats stellen ihm vergeblich Fallen, welche alle Welt bemerkt. Man braucht weder Jules Simon noch die Mehrheit, welche ihn unterstützt, vor Verwegenheit zu warnen.“ — Vor dem Cassationshofe haben gestern die Debatten in Sachen des Willemot'schen Processes begonnen. Man weiß, worum es sich handelt. Ein republikanisches Blatt in Besancon, der „Avenir“, hatte die gemischten Commissionen des Kaiserreichs angegriffen. Der Kammerpräsident Willemot, der ein Mitglied jener Commissionen gewesen, glaubte in dem Artikel eine persönliche Anspielung zu finden. Er verklagte das Blatt, dasselbe wurde in erster Instanz freigesprochen, aber von dem Appellhof in Besancon, dem Willemot als Richter angehört, verurtheilt. In dem Urtheil nahm der Gerichtshof die gemischten Commissionen in Schutz. Es gab gestern großen Lärm in der Presse und in der Kammer. Der Justizminister mußte das Urtheil des Appellhofes an den Cassationshof verweisen, er mußte den Staatsanwalt Bailleul, welcher dies Urtheil veranlaßt hatte, abgeben; in einer Interpellationsdebatte in der Deputirtenkammer desavouirte Martel sehr energisch die gemischten Commissionen. Jetzt hat der Cassationshof das letzte Wort zu sagen. Wird er die gemischten Commissionen in Schutz nehmen? Einsweilen kennen wir nur das Gutachten des Berichterstatters Thiriot, welches dahin geht, daß der Gerichtshof sich nicht über die Thätigkeit der gemischten Commissionen unter dem Gesichtspunkt der Moral auszusprechen habe, daß er nur zu entscheiden habe, ob die Existenz der Commissionen eine gesetzliche gewesen. Sie sei aber dadurch gesetzlich geworden, daß das Kaiserreich die Bestätigung der Nation erhielt. Dies ist der Sinn des Thiriot'schen Berichtes, welcher also auf die Bestätigung des Urtheils von Besancon abzielt. Heute erst ergreift der Generalprocurator Renouard das Wort und man ist begreiflicher Weise sehr auf sein Plaidoyer gespannt. Die Journale gaben die gestrige Verhandlung des Cassationshofes sehr ausführlich wieder. — Thiers war ein paar Tage hindurch leidend; er ist jetzt wiederhergestellt. — Bei der gestrigen Ziehung der Rekrutenliste für dieses Jahr ist der Name des kaiserlichen Prinzen im ersten Arrondissement, wo der Sohn Napoleon III. als französischer Bürger eingeschrieben ist, nicht genannt worden. Im Falle der Abwesenheit des Militärpflichtigen pflegt der Maire des Arrondissements für ihn ein Loos zu ziehen. Man erklärt bisher nicht auf plausible Art, warum das nicht geschehen. Ist der junge Napoleon von den Listen des ersten Arrondissements gestrichen worden, weil man ihm nicht mehr die Eigenschaft eines französischen Bürgers zugesetzt? Hat er selbst seine Streichung von der Liste verlangt? Die Bonapartisten sowohl wie ihre Gegner unterlassen es, darüber Aufschluß zu geben. Auf alle Fälle scheint man den kaiserlichen Prinzen nicht zur Ausübung seiner Militärpflicht heranziehen zu wollen. — Der römische Correspondent des „Temps“ meldet, daß im Vatican noch kein Beschluß über die Verleihung des Cardinalshutes an die Bischöfe Dupauloup und Pie gefaßt worden und daß ein solcher Beschluß nicht vor Ostern zu erwarten steht. — Es heißt von Neuem, daß der französische Botschafter in St. Petersburg, General Leslo, durch de Chaudordy ersetzt werden soll. — Wie der „Gaulois“ behauptet, hat sich de Germiny nicht erst letzter Tage zur Verbüßung seiner Haft gestellt, sondern er ist schon seit dem 18. Januar im Gefängniß.]

Abends. Bei der Eröffnung der heutigen Sitzung des Cassationshofes nahm der Generalprocurator Renouard das Wort. In einer dreiviertelstündigen Rede griff derselbe in heftiger Weise das Institut der gemischten Commissionen an und verlangte die Cassirung des Urtheils des Gerichtshofes von Besancon. Nichtsdestoweniger entschied sich der Cassationshof, wie das erwartet wurde, im Sinne Thiriot's und bestätigte das gegen den „Avenir“ ausgesprochene Urtheil. — Der Marquis von Salisbury wird für nächsten Montag in Paris erwartet, wo er mit dem Duc Decazes eine Unterredung haben soll.

* **Paris, 3. Febr.** [Frankreich und Deutschland.] Der „N.-Z.“ schreibt man von hier unter dem 1. d. M. Folgendes: „Der gouvèrnemental Organe, „Le XIX. Siècle“ entnehme ich Folgendes: „Wir lesen in der „Independance Belge“: Die Wiener „Presse“ hat nach der Berliner „National-Zeitung“ angekündigt, daß der Herzog Decazes eine Arbeit vorbereite, sei es um eine eventuelle Interpellation in der Kammer zu beantworten oder um ein Rundschreiben an die französischen Agenten im Auslande zu senden bezüß Darlegung der Haltung der französischen Diplomatie auf der Konferenz und sodann, um der deutschen Presse Aufklärung über das Auftreten des Grafen Chaudordy zu geben. Einer meiner Freunde hat den Herzog Decazes über diese „Prätention“ der „National-Zeitung“ befragt. Der Minister hat ihm geantwortet, daß er in diesem Augenblicke keine Arbeit dieser Art im Hinblick auf eine übrigens gar nicht erwartete Interpellation noch bezüß eines Circulars vorbereite, das er niemals die Absicht gehabt habe, zu erlassen; aber man könne leicht denken, daß die französische Regierung nicht die Absicht habe, der deutschen Presse Erklärungen zu geben, welche die deutsche Regierung selbst nicht verlangt habe, die übrigens um so überflüssiger sein würden, als in Konstantinopel stets die vollständigste Uebereinstimmung zwischen den deutschen und den französischen Bevollmächtigten geherrscht habe.“ — Es ist erstaunlich, was dieses officiöse Dementi mir Alles aufbürdet. Ich habe der „Nat.-Zig.“ lediglich mitgetheilt, daß „nach einem in parlamentarischen Kreisen verbreiteten Gerüchte der Herzog Decazes auf die Mittheilung bezüß einer beabsichtigten Interpellation über den Ausgang der Konferenz geantwortet habe, er würde in nächster Zeit ein Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs richten und der Offenheit übergeben, in welchem der Verlauf der Konferenz und die Haltung der französischen Diplomatie, sowie die durch das negative Ergebnis der Konferenz hervorgerufene Situation ausführlich dargestellt werde.“ Es ist gewiß hinreichend, daß ich den Wortlaut meiner Mittheilung mit diesem officiösen Dementi zusammenstelle; nur kann ich nicht umhin, es auffallend zu finden, daß man meiner Mittheilung eine solche Tragweite giebt und Absichten unterstellt, die mir gewiß fern geblieben sind. Zur Sache selbst bemerke ich, daß gerade das „XIX. Siècle“, welches heute das officiöse Dementi abdruckt, ganz genau dieselbe Mittheilung bezüß eines erwarteten Rundschreibens des Herzogs Decazes gebracht hat und zwar, wenn ich nicht irre, einen Tag früher, als die mein betreffendes

Telegramm enthaltende „Nat.-Zig.“ hier eintraf. Das „XIX. Siècle“ kann doch sicherlich nicht die „Prätention“ gehabt haben, den Herzog Decazes zu veranlassen, der deutschen Presse Aufklärungen über das Auftreten des Grafen von Chaudordy zu geben.“

[Ueber das Darniederliegen der französischen Seiden-Industrie] wird dem „Evénement“ aus Lyon vom 30. Januar geschrieben:

Alle Welt spricht hier nur von der Krise, die auf unserer wichtigsten Industrie lastet. Eine Menge von Webstühlen ruht. Die Fabrikanten haben versprochen, nach Kräften für Abhilfe zu sorgen; so haben sie auch schon einen bedeutenden Theil der Arbeit, die sie sonst auf dem Lande besorgen ließen, in die Stadt verlegt, was für sie mit einer bedeutenden Mehrausgabe verbunden ist. Da indeß die Handelswelt glaubt, daß die Krise diesmal von langer Dauer sein werde, sinnt man auf wirksamere Mittel. Im Jahre 1848 setzte man eine Prämie für die Fabrikanten aus, welche sogenannte „étouffés de placard“ herstellten wollten, d. i. Stoffe, die speciell auf den erpöhten Geschmack oder sonst auf die Bedürfnisse fremder Länder berechnet waren; das hat aber bei den gegenwärtigen Verbindungen, welche die Moden von Paris aus im Nu über die ganze Welt verbreiten, keinen Werth mehr und wäre sogar sehr gewagt. Man sieht sich also auf das doppelte Ausfunksmittel angewiesen, den Nothdürftigen in ihrer Wohnung Unterstützungen zu gewähren und den zahlreichen unbefähigten Seidenwebern (canuts) irgend welche Arbeit zu verschaffen. Die Lyoner Seidenweberei beschäftigt nach den competentesten Schätzungen etwa 35,000 Personen beiderlei Geschlechts. Ein Drittel davon sind Verführer (chefs d'ateliers) und diese können die Krise allenfalls aus eigenen Mitteln aushalten; ein zweites Drittel dürfte einseitigen anderweitig ein Brod finden und es blieben dann also täglich 10–12,000 Personen zu unterstützen. Der Gemeinderath hat Sonnabend 200,000 Frs. votirt, nicht, wie die Blätter gemeldet haben, zur directen Vertheilung unter die Armen, sondern für gewisse Erdarbeiten, die nicht dringlich waren und unter anderen Umständen unterlassen worden wären. Das ist aber nur eine sehr unzulängliche Hilfsquelle; nimmt man an, daß von jenen 12,000 Personen der Mann mindestens 1 Frs., die Frau 50 Cts. und das Kind 25 Cts. pr. Tag brauchen, so ist das im Durchschnitt eine Ausgabe von 10,000 Frs. täglich und 300,000 Frs. monatlich, und die Krise kann sich noch sehr in die Länge ziehen. Es regte sich denn auch in unserer, wegen ihres Wohlthätigkeits-sinnes berühmten Stadt die Privatinitiative schon von allen Seiten. Die Maler, Musiker und Bildhauer, mit einem Worte, die Künstler der Stadt vereinigen sich heute Abend mit anderen Bürgern im Börsensaal zur Einsetzung eines Centralausschusses, der unter dem unmittelbaren Patronat der Gemeindevverwaltung wirken soll, damit man nicht durch die Routine der auch in ihrer Einrichtung ganz gerüttelten amtlichen Bureaus für Armenwesen auf Schritt und Tritt gehemmt sei. Dank dem entgegenkommenden Verhalten der Behörden und der Vertretungskörper darf man hoffen, daß mit Hilfe dieses und ähnlicher Versuche die Krisis, wie bedenklich sie auch sein mag, von unserer Arbeiterbevölkerung ohne allzu schwere Leiden überstanden werden wird.

[Zur Weltausstellung] sind bis zum 1. Februar, wo die Frist für die französischen Anmeldungen abläuft, 18,000 Meldungen eingegangen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 2. Febr. [Lord Stratford de Redcliffe über die orientalische Krisis.] In den Spalten der „Times“ erscheint, wie bereits telegraphisch avistirt worden, heute ein Eingefandt von Lord Stratford de Redcliffe über die Orientkrise, in welchem der greise Diplomat einen nicht unpractischen Vorschlag zur Güte macht. Nach Vorausschickung der Ansicht, daß die türkischen Reformen in ihrer gegenwärtigen ausgedehnten und consistenten Gestalt adoptirt worden seien, um den europäischen Bürgschafts-Vorschlägen entgegen zu arbeiten, also unter einem starken Drucke von Außen, empfiehlt Lord Stratford de Redcliffe denselben eine ehrliche Probe zu gönnen.

„Sie mögen dann“ — fährt er fort — „sich als eine Realität erweisen, und in diesem Falle vielleicht um so besser sein, daß sie den Schein einer freiwilligen Handlung zeigen. Sollten sie sich als ein Fehlschlag erweisen, dürfte der Druck sicherlich mit einem besseren Gepränge von Vernunft und einer besseren Aussicht auf Erfolg erneuert werden. Es scheint, daß aus diesen Gründen die vermittelnden Mächte eine Position einnehmen dürften, durch welche sie ihre Würde berücksichtigen, den bestehenden Frieden der Christenheit verlängern, und die Mittel im Nothfalle zur Lösung der Frage, die die Quelle so vieler Störung für Europa ist, wirksam zu handeln, reserviren würde. Gesezt, daß sie diesen Vorschlag begünstigen, würden sie, wie ich mir denke, ihre Uebereinkunft in eine conventionelle Form kleiden und der Pforte zu verstehen geben, daß sie nicht allein einig, sondern wachsam, entschlossen und nur für eine vernünftige Zeit nachsichtig seien. Eine derartige officielle Erklärung oder etwas ähnlicher Natur würde in Bezug auf das Publikum und die Frage an sich in ihrem jetzigen Stande nicht übel angebracht sein. Die Gründe für unser Recht, uns an dieser Art von Einmischung, die entgeltlich keine Weigerung zuläßt, zu betheiligen, sind diejenige der Humanität und Gerechtigkeit und der gesunden Politik.“

[Die irischen Autonomisten (Home Rulers)] hielten gestern einen Parteitag in Dublin. Die Verhandlungen, wie gewöhnlich, etwas stürmischer Natur, endigten mit der Annahme einer Resolution, die unveränderliche Ueberzeugung ausdrückend, daß es nicht möglich sei, Irland Frieden und Wohlfahrt zu sichern, ausgenommen durch die Wiederherstellung eines irischen Parlaments.

[Zu Schoeburneß] nahmen gestern in Gegenwart des Generals Campbell und einer großen Anzahl englischer und fremder Offiziere wiederum die Schießversuche mit der 81 Pfund schweren Kanone gegen eine mit 47 Zoll dicken Panzerplatten bekleidete Scheibe ihren Anfang, und das Ergebnis derselben hat, wie es heißt, den künftigen Erwartungen völlig entsprochen. Der einzige Schuß der mit einer 370 Pfund schweren Granate abgefeuert wurde, durchbohrte die Panzerplatte bis auf einen halben Zoll. Der Sprung, den das innere Rohr des Riesengeschüßes während eines der früheren Experimente erhalten, ist trotz dieses Schusses nicht im mindesten größer geworden.

A. A. C. London, 3. Febr. [Mr. H. E. Childers,] der liberale Vertreter des Kreises Pontefract, sprach vorgestern vor einer großen Versammlung seiner Wähler über die orientalische Frage. Die Haltung Englands zu dieser Frage erörternd bemerkt er:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Politik der Regierung in einer solchen ungeschickten Weise verfolgt wurde, daß der Einfluß Englands sich in der ganzen Angelegenheit nicht geltend zu machen vermochte. Wir haben alle unsere Aussichten, die Leitung in dieser gigantischen Transaction zu übernehmen, dadurch verloren, daß die Regierung das Berliner Memorandum rund abschloß, und in der plötzlichen Aenderung ihrer Politik böhnten wir unsern Einfluß auf die Türkei ein. Das sind die einzigen Ursachen der unglücklichen Position, in welche wir versetzt wurden.“

[In Brighton] wurde gestern eine neue Schule für Kunst und Wissenschaft von der Prinzessin Louise (Marquise von Lorne) unter entsprechender Feierlichkeit eröffnet.

[Aus Indien.] Privatnachrichten aus Bombay zufolge ist die Hungersnoth in Bengalen in der Abnahme begriffen.

[Capitain Davis f.] Das „Athenäum“ meldet den plötzlichen Tod des Capitains J. C. Davis von der königl. Marine. Der Dahingekedene besaß einen Ruf als eine Autorität in arktischen Angelegenheiten. In der antarktischen Expedition unter Sir James Ross in 1839–43 befehligte er den „Terror“. Er war ein vorzüglicher Zeichner, war ein wissenschaftlicher Seemann und leistete im hydrographischen Departement der Admiralität werthvolle Dienste. Er hatte viel mit den Expedirten zur Verbesserung von Tiefsee-Sondirungen zu thun, die vor der „Caupirung“ des „Challenger“ ausgeführt wurden. Er zählte erst 61 Jahr, als der Tod ihn nach 45-jähriger Dienstzeit ganz plötzlich ereilte.

[Dr. Stadel.] Der wegen Chiromantie unter Anklage gestellte amerikanische Spiritist, hat sich weiteren Verfolgungen durch die Flucht entzogen. Er weilt gegenwärtig auf dem Festlande. [Der Tichborne-Prätendent] verhält sich in der Gefangenschaft nicht auffällig und trägt „das Unheimliche mit Würde“. Aber daß sein Name draußen nicht vergessen wird, dafür sorgt der Verordnete für Stotter-Trent, Dr. Kenealy. Da wieder Gerüchte gehen, per Gefangene von Dartmoor sei nicht Arthur Orton, sondern jedenfalls „das Andere“, da besagter Arthur Orton wahnsinnig in Australien lebte, worüber in Spanien Näheres zu erfahren sei, so hat Dr. Kenealy an Lord Derby geschrieben und seine Absicht ausgesprochen, in Spanien nachzuforschen, und um einen Empfehlungsbrief an den britischen Gesandten in Madrid, Mr. Lazard, sowie um einen Paß für sich und seinen Sohn zu gebeten. Lord Derby hat darauf erwidert, eine derartige Empfehlung sei nicht erforderlich, da die britischen Vertreter in Spanien nöthigenfalls ihm die Förderung einer derartigen Un-

Verfuchung in angemessener Art gewahren würden. Ein Paß werde ihm und seinem Sohne auf ein nach der üblichen Weise eingereichtes Gesuch erteilt werden.

Der „Banguard.“ Bon dem noch immer 75 Fuß unter der Oberfläche des Meeres liegenden „Banguard“ war dieser Tage aus einer Versammlung im „Inventors Institut“ nahe am Trafalgar-Square viel die Rede. Mr. C. Hough hielt einen Vortrag über „Wiederherstellung gesunkener Schiffe“. Er schilderte im Einzelnen, wie er mittelst zusammengepreßter Luft von der Oberfläche aus (an Bord eines Dampfers) Schiffe und auch den „Banguard“ heben zu können glaube. Der Plan des Vortragenden fand zwar im Allgemeinen Beifall, doch gab Admiral Schöwin seine Meinung dahin ab, die Hebung des „Banguard“ könne überhaupt nicht auszuführen werden, da das Schiff jetzt fast mit Sand bedeckt sein würde. Auch würde das Verbot nicht stark genug, um den zur Hebung notwendigen Druck zu ertragen. Eine französische Gesellschaft hätte das Schiff gefaßt, die von ihr in die Tiefe gesunkenen Taucher aber hätten sich geweigert, ein zweites Mal hinabzugehen. Schließlich würden nach seiner Meinung die Kosten der Hebung größer sein, als der Werth des Schiffes. Den Schluß des Abends machte ein sehr zeitgemäßer Vortrag des Mr. J. Midoll „Ueber Verhinderung von Zusammenstößen zur See.“

Provincial-Beitung.

E. Breslau, 6. Febr. [Zug-Verpätung.] Der Personenzug Nr. 12 der Oberschlesischen Bahn, welcher fahrplanmäßig am 10 Uhr 19 Min. Abends in Breslau eintrifft, kam am 4. d. M. erst nach 12 Uhr hierher an. Ebenso hatte der Abend-Schnellzug aus Oberschl. einige Verpätung. Grund des verspäteten Eintreffens soll ein in der Nähe von Cosel stattgefundener Maderienbruch bei einem Wagen des Schnellzuges gewesen sein.

8 Grünberg, 5. Febr. [Vorträge. — Turnverein. — Polizeiliches.] Im Gewerbe- und Gartenbau-Verein hielt in der vorletzten Sitzung Herr August Förster einen Vortrag über eine im vorigen Jahre gemachte Geschäftsreise nach Frankreich, Spanien und Portugal, und zwar war der Vortrag von circa 200 Personen besucht. Als Beitrag des Geschäftsführers mit Frankreich erwähnen wir aus den interessanten Ausführungen des Herrn Förster die Mitteilung, daß er bei dem Besuche von 65 Stunden in Paris nur bei 5 eine directe Ablehnung aus nationalen Gründen erfahren und daß im übrigen Frankreich die ihm gewordene Aufnahme wenig zu wünschen gelassen habe. Beachtungswürdig waren auch die Mittheilungen über die Nebelau, welche hauptsächlich nur die weniger gut cultivirten Weinberge verheere, während dieselbe von allen Weinbäuern durch schlechte Luft der Wohn- und Schlafräume und unvollkommene Abführung ausgeübt ist. — Der Gewerbe- und Gartenbau-Verein hat diesen Winter gerade durch seine Vorträge sehr anregend gewirkt und hat seine Mitgliederzahl sogar zugenommen. Ebenso weist auch der Turnverein seit Eröffnung der Turnhalle ein reges Leben auf, indem das Turnen in gut beleuchteten Sälen wie auch das gesellige Zusammensein eifrig gepflegt wird. In diesem Sommer wird das Gaudiumfest des Niederschlesischen Verbandes, dem der Kurort auch Sagan beigetreten ist, in Grünberg stattfinden. — Zu den zahlreichen Dörfern unseres Kreises, welche durch Kriegerdenkmale geehrt sind, ist auch Karschin gekommen, wo in voriger Woche die feierliche Einweihung eines stattlichen Denkmals stattfand. — Unsere Kreispolizei wird sehr streng gehandhabt. Nachdem die Verordnung der Bezeichnung aller Fußwege eingeführt ist, ist nunmehr auch für den ganzen Kreis das Tragen der Maulkörbe für Hunde obligatorisch gemacht. Auf einen allseitig getadelten Mißbrauch sei in Ihrem hier vielfach verbreiteten Blatte, in der Hoffnung auf Abhilfe aufmerksam gemacht. In den hiesigen Localblättern finden regelmäßig die polizeilichen Strafmandate Veröffentlichung. Wenn nur die Namen von Bagabonden als abschreckendes Beispiel genannt würden, oder bloß die Vergehen aufgezählt würden, ließe sich gegen die Publikation nichts einwenden. Was soll man aber dazu sagen, wenn, wie z. B. in einer letzten Nummer des „Kreisblattes“, eine höchst achtbare Dame an der Spitze aller möglichen verurtheilten Bummler mit vollem Namen als zu einer Geldstrafe resp. zu Gefängnis verurtheilt wurde — weil sie ihre Hühner hatte umherlaufen lassen. Da das Material den hiesigen Blättern und zwar oft denselben zur Last amtlich zugeföhrt wird, dürften abgesehen von der Redaction die Behörden wohl eine Sichtung in diesen Veröffentlichungen veranlassen.

m. Sprottau, 4. Febr. [Vereins-Angelegenheiten.] Der hiesige Privat-Armenderein, in dessen Principien es liegt, die Hausväter zu unterstützen, besteht nunmehr seit fünf Jahren und zählt gegenwärtig 188 Mitglieder. Die Einnahme desselben betrug im abgelaufenen Jahre 1101 Mt. und sind nach Abzug aller Ausgaben 31 Mt. als Bestand verblieben. Es erhielten 69 Arme laufende Unterstützungen im Betrage monatlich von 75 Pf. bis zu 3 Mt., und 36 Arme einmalige Unterstützungen von 2 bis 9 Mt. — Nachdem in der vorletzten Sitzung des Gewerbevereins Herr Rector Goldbach einen Vortrag über „die Gründung der Burschenschaft“ gehalten, sprach am Mittwoch Herr Apotheker Schneider über die „soziale Frage im Lichte der Volkswirtschaftslehre und Naturwissenschaft“. Hierauf verlas Herr Superintendent Winter ein Referat über einen von Herrn Professor Dr. Göppert in Breslau gehaltenen Vortrag, betreffend den blauen Gummi- baum, Eucalyptus Globulus, welcher für die ungesunden, sumpfigen Länder des Südens in sanitärer Beziehung von großem Nutzen ist. — Am Donnerstag tagte hier der land- und forstwirtschaftliche Verein der Kreise Sagan und Sprottau. Es wurde u. A. beschlossen, bei Ertheilung von Unterstützungen an mittellose Besucher der Aderbauschule zu Briestitz darauf zu achten, daß die Stipendiaten einen zweijährigen Curfus absolviren. Den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Frage: „Sind weitere Schutzmaßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest zu treffen?“ Es hatten hierzu die Herren Weber-Annenhof, Cajory-Sagan und Meyer-Briesnitz, letzterer am Erscheinende beider, Referate geliefert. Die Genannten wiesen darauf hin, daß in Rußland und Oesterreich-Ungarn, von wo die Krankheit sich verbreitet, sehr ungünstige veterinär-polizeiliche Maßregeln gelten und darum es zu empfehlen sei, das Verbot der Einfuhr von Hornvieh so lange aufrecht zu erhalten, bis dort bessere diesbezügliche Verhältnisse geschaffen werden. Das aus jenen Ländern bezogene Vieh, das bei weitem die Zahl des aus unseren Provinzen nach außerhalb gehenden nicht erreicht, wiege nicht den Schaden auf, welcher durch die Einschleppung kranker Thiere dem Lande erwächst. In der hierauf geführten Debatte einigte man sich dahin, den Centralverein um geeignete Vorststellungen beim Minister der Landwirtschaft anzugeben. Zum Schluß bestimmte die Versammlung, die vom vorigen Jahre auf dieses Jahr verlegte Rinderchau am 25. Juni hierorts abzuhalten und hierzu die Genehmigung zur Veranstaltung einer Verlosung nachzusuchen.

L. Riegnitz, 5. Febr. [Concert. — Unglücksfall. — Kaufmännischer Verein.] Gestern Abend fand im hiesigen großen Badehaussaale das zweite diesjährige Concert der Singakademie „Paradies und die Peri“ statt. Die Soli wurden von Fräulein Organi aus Dresden und den beiden Fräuleins von Dallwitz und Deutschmann von hier, den Herren Seibemann aus Breslau und den Herren Lehrer Fridmann und Buchhalter Bula von hier recht brav und zu größter Zufriedenheit ausgeführt. Die beiden letzten Herren sind erst seit kurzer Zeit Mitglieder dieses Vereins und hat derselbe durch deren Beitritt viel gewonnen. Der Saal war von Zuhörern total gefüllt und konnte man wirklich sagen, es konnte keine Stednadel zur Erde; um 10 Uhr war das Concert zu Ende. — Heute zwischen 3 und 4 Uhr ereignete sich in der Dainauerstraße dadurch ein Unglücksfall, daß von dem nach in dieser Straße stehenden Thurm ein Dachziegel herabfiel und auf den Hinterkopf eines fünfjährigen Mädchens, welches an dieser Stelle vorüberging, mit solcher Wucht fiel, daß das Kind von dem Dache weggetragen werden mußte. Der in der Nähe wohnende und sogleich herbeigerufene Dr. Cohnheim constatirte eine innere Verletzung am Gehirn und zweifelt an dem Aufkommen des Kindes. — Unser kaufmännischer Verein wird am 17. Februar im großen Saale des Badehauses seinen vierten Rappen- und Rappe oder Maße werden Prämien ausgesetzt. Mit Freuden erinnern wir uns noch der bei dem vorjährigen Abend herausgegebenen Narrenzettel, die wohl auch dieses Mal nicht fehlen wird und werden wir für diesen Fall Ihnen seiner Zeit etwas Näheres darüber mittheilen.

S. Striegau, 4. Febr. [Verschönerungsverein. — Promenadenweg. — Telegraphischer Verkehr.] Der Vorstand des hiesigen Verschönerungsvereins erstattete in einer am vorigen Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung Bericht über die Thätigkeit des Vereins im verfloffenen Jahre. Danach betragen die Einnahmen 702 Mt., die Ausgaben 701 Mt. Der Referent der „Breslauer Zeitung“ hat bei gegebenen Anlässen wiederholt auf die gemeinnützigen Bestrebungen und die günstigen Erfolge dieses

jugen Vereins hingewiesen. Für das laufende Jahr hat der Verein sich die in hohem Grade anerkanntenswerthe Aufgabe gestellt, eine Promenade von der Stadt nach dem Bahnhofe Striegau anzulegen. Dieses Project, dessen Ausführung sich auf 4—5000 Mark berechnen dürfte, kann jedoch nur durch die thätigste Unterstützung der städtischen Behörden und der Bürgerchaft, sowie durch die weitgehendste Opferwilligkeit der Kreisbewohner und der Kreisbehörden an Aussicht gewinnen. Der Vorstand des Verschönerungsvereins richtet daher an die Bürgerchaft und die Kreisbewohner die Bitte, durch reichliche Gaben und Sammlungen das gemeinnützige Unternehmen fördern zu wollen. — Bei dem hiesigen Telegraphen-Ante wurden im verfloffenen Jahre 2941 inländische und 77 ausländische, im Ganzen 3018 Telegramme aufgegeben und hierfür an Gebühren 2451 Mt. erhoben. Die Zahl der angekommenen Telegramme beträgt 3315 Stüd.

Z. Neumarkt, 5. Febr. [Tageschronik.] Gestern Mittag befand sich eine kleine Gesellschaft auf der Eisbahn des Papiermühlteiches, der bedeutend tief ist, sich mit Schlittschuhlaufen belustigend, als zwei junge Damen zu der auf dem Eise stehenden und in Unterhaltung begriffenen Gruppe traten. Diese Gewichtsvermehrung war für das morsche Eis zu viel, es brach und die beiden Damen sanken bis an die Schultern ins Wasser. Das Eis um die durchbrochene Stelle hielt jedoch und es gelang die Verunglückten herauszuheben, worauf sie mit einem zufällig in der Nähe befindlichen Wagen nach Hause geschafft werden konnten. — Gestern Abend wurde an der Ecke der Breitenstraße bei der Wegbiegung von einem schnell des Weges kommenden zweispännigen Fuhrwerke ein Mann überfahren. Es bildete sich sofort ein Knäuel Neugieriger zu dem auch eine Frau trat und in dem Verunglückten nun ihren Mann erkannte. Der Verletzte, über welchen die Pferde, sowie zwei Räder hinweggegangen sind, wurde weggeschafft, vom Publikum aber dem gewissenlosen Räuber der keine Laterne am Wagen in der herrschenden Finsternis brennen hatte, scharf zusehend.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 4. Febr. [Stiftung. — Polizeiliche Controlle. — Belehrende Schrift.] Der verstorbene Handels-Präsident und Commerzienrath Alberti zu Waldenburg hat bei dem jetzt in Glatz garnisonten 1. Posenischen Infanterie-Regiment Nr. 18 — dem der Verstorbene früher als Offizier angehörte — eine Stiftung von 600 Mark mit der Bestimmung gegründet, daß die jährlichen Zinsen hiervon einem hilfsbedürftigen Veteranen aus den Freiheitskriegen 1813—15 als Unterstüßung gewährt werden sollen. Der bisherige Empfänger besagter Zinsen war sein früherer Bursche. Da derselbe jetzt ebenfalls mit Tode abgegangen, sollen sich diejenigen Veteranen, welche während der Feldzüge 1813—15 im damaligen sechsten Reserve-, jetzigen 1. Posenischen Infanterie-Regiment Nr. 18 gedient und auf jene Zinsen einen Anspruch zu haben glauben, bis zum 15. dieses Monats bei dem Regiments-Commando in Glatz melden. Erfolgen keine Meldungen, so geht das Capital statutenmäßig in eine andere beim Regiment verwaltete Invaliden-Stiftung über. — Nachdem der Bau der Eisenbahnstrecke Dittersbach-Neurode-Glatz an mehreren Stellen in Angriff genommen, machen die Kreisbehörden den Amts-, Guts- und Gemeinde-Vorstellern bekannt, daß die polizeiliche Controlle der beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter durch die Bauunternehmer selbst im Verein mit den Gendarmen ausgeübt werde, so daß auf diese die ganze Verantwortlichkeit wegen Annahme von Arbeitern übergeht. Letztere haben sich durch Karten zu legitimiren, welche in gehörig beglaubigter Form den Namen des betreffenden Unternehmers, dem sie untergestellt sind, enthalten und jederzeit auf Befragen der Behörden vorgezeigt werden müssen. — Herr Landrath Graf Pfeil zu Neurode nimmt bei dem gegenwärtigen sprungweisen Auftreten der Rinderpest Veranlassung, die von dem Director der königlichen Thierarzneischule zu Berlin, Geheimen Medicinalrath Professor Gerlach verfaßte Schrift, betitelt: „Populäre Belehrung über die Rinderpest“ durch das Kreisblatt zur allgemeinen Kenntniß zu bringen. Es dürfte sich sehr empfehlen, wenn sämtliche Kreis- und Localblätter diese belehrende Schrift ihren Lesern mittheilen möchten.

Antonienhütte, 4. Febr. [Gesundheitszustand. — Germania-Prämien. — Bildungsverein.] Das intensive Auftreten verschiedener Krankheiten: Mägen, Scharlach und namentlich des Typhus haben in jüngerer Zeit in unserem Orte sowohl, als auch in unserer großen Umgegend leider einen epidemischen Charakter angenommen. Es sind demzufolge Seitens unserer Behörde zur Verhütung der Ausbreitung die umfassendsten Maßnahmen getroffen worden. Außerdem hat sich gestern unter der Leitung des hiesigen Polizeibewalters, Herrn Klose, eine Sanitätscom-mission hierorts constituirt, deren Aufgabe es nicht nur ist, das Desinfectionswesen zu überwachen, sondern namentlich dafür Sorge zu tragen, daß den ärmeren Klassen, die zumeist von den oben erwähnten unheimlichen Gassen heimgesucht werden, zur rechten Zeit sowohl ärztliche als auch pecuniäre Hilfe zu Theil werde. — Im Auftrage des Vereins zur Verbreitung deutscher Sprache und Bildung im Kreise Ratibowitz giebt der Vorsitzende desselben, Herr Landrath v. Berlepsch, dieser Tage Folgendes bekannt: Nach Beschluß der General-Versammlung des Vereins zur Verbreitung deutscher Sprache und Bildung im Kreise Ratibowitz vom 16. September 1876 sollen am Schluß des Schuljahres 1876—1877 1) 10 Prämien im Werthe von je 15 Mark für die besten Fortschritte im Deutschen an Schüler der Elementarschulen, welche beim Eintritt in die Schule nur polnisch sprachen und 2) 5 Prämien im Werthe von je 15 Mark an polnische oder deutsche Elementarschüler für Fleiß und Fortschritte in deutschen Unterrichtsfächern überhaupt theilhaft werden. In Ausführung dieses Beschlusses erucht der betreffende Vereinsvorstand die Herren Lehrer der ländlichen Elementarschulen, diejenigen Schüler oder Schülerinnen, die sich im letzten Schuljahre befinden, und sich an der Bewerbung um die beiden Prämien betheiligen, bis zum 15. Februar d. J. dem Kreis-Schul-Inspector Herrn Gygant namhaft zu machen. Letzterer wird demnach ein in Claustur zu bearbeitendes deutsches Thema an die Herren Lehrer gelangen lassen, die die Bearbeitungen der zur Concurrenz angemeldeten Schüler spätestens nach Ablauf von 3 Tagen an den Herrn Kreis-Schul-Inspector abzugeben haben. Wir bitten, das hierfür entstehende Porto zu verauslagen; die Erstattung desselben erfolgt aus der Vereinskasse. Zugleich mit der fertigen Arbeit eruchen wir einen von dem Herrn Lehrer angefertigten Lebenslauf des Schülers, aus dem die Verhältnisse in seinem Elternhause und der Gang seiner Bildung ersichtlich wird, so wie eine von demselben ausgestellte Bescheinigung einzulegen, daß der Schüler die Arbeit selbstständig, in Claustur unter Aufsicht des Lehrers und in welcher Zeit angefertigt hat. Für diejenigen Schüler, welche sich an der Bewerbung um die zu 1) genannte Prämie betheiligen wollen, ist ferner von dem Lehrer zu bescheinigen, daß sie beim Eintritt in die Schule nur polnische Sprache mächtig waren. Von den eingelebten Arbeiten werden für die Prämie zu 1) etwa die 20 besten, für die Prämie zu 2) etwa die 10 besten ausgewählt und deren Verfasser zu einer mündlichen, öffentlichen Prüfung etwa Mitte März d. J. nach Ratibowitz berufen, nach deren Ausfall der Vorstand die Vertheilung der Prämien bewirken wird. Diese Prüfung wird sich bei den Bewerbern um die Prämie zu 1) lediglich auf den erlangten Bildungsgrad im deutschen Sprechen, Schreiben und Denken, bei den Bewerbern um die Prämie 2) auch auf andere Unterrichtsfächer erstrecken. — Am Donnerstag der Vorwoche hielt Herr Professor Grundmann aus Ratibowitz, nunmehriger Wanderlehrer der „Gesellschaft zur Verbreitung für Volksbildung“ einen geologisch-astronomischen Vortrag. Herr Professor Grundmann wird diesen sehr lehrreichen Vortrag hier am künftigen Donnerstag fortsetzen.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

W. Rawitsch, 3. Febr. [Fortbildungsschule. — Schützenfest. — Rinderwahnsinn.] Eine große Anzahl hiesiger Handwerksmeister hatten sich vor einiger Zeit mit dem Antrage an die lgl. Regierung gewendet, die hier seit zwei Jahren bestehende obligatorische Fortbildungsschule in eine facultative umzuwandeln. Dieser Antrag ist von der Regierung, wie wir hören, mit dem Bemerkten abgelehnt, daß der für diese Anstalt vom Staate bewilligte sehr erhebliche Zuschuß bei Aufhebung des obligatorischen Charakters derselben, nach den bestehenden Bestimmungen fortfallen müsse, und die Stadtgemeinde die ganzen Kosten derselben zu übernehmen kaum bereit sein würde. Es würde daher in diesem Falle eine Bildungsstätte, die bei verstandiger Unterstützung durch die Beheiligten von günstigem Erfolge sein könne, voraussichtlich eingehe. Der fernere Antrag, den Unterricht auf Sonntag Nachmittag und Montag Abend zu verlegen, wird ebenfalls zurückgewiesen, indem ausgeführt wird, daß die Ertheilung von Unterricht am Sonntag Nachmittag unzulässig wäre. Dagegen ist der Antrag, den Unterricht in den Monaten Juni, Juli und August auszuweisen, dem Magistrat zur näheren Erwägung überwiesen. — Eine ebenfalls mit sehr zahlreichen Unterstüßungen hiesiger Bürger versehenen Eingabe ist in diesen Tagen an den Magistrat gerichtet worden. In derselben wird beantragt, der Schützengilde ferner den bisher zu den Kosten des Schützenfestes genährten Zuschuß von 600 Mark nicht mehr zu gewähren, weil diese Gesellschaft ihre frühere Bedeutung für die Stadt völlig verloren habe und nur noch eine dem Vergnügen ihrer Mitglieder dienende Vereinigung wäre. Die Antragsteller scheinen nicht gewußt zu haben, daß die Zahlung des Zuschusses in Folge eines vor vielen Jahren zwischen den Vertretern der Schützengilde und dem Magistrat abgeschlossenen Vergleiches erfolgt, von dem die Stadtgemeinde

einseitig zurückzutreten in keiner Weise berechtigt ist. — Allgemein wird es als ein großer Fortschritt empfunden, daß das Betteln der Kinder fast vollständig aufgehört hat, und gewinnt auch durch diesen Umstand die Kinderbewahranstalt, deren Errichtung diese Verbesserung zu danken ist, immer mehr Freunde.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegraphen-Bureau.)
Wien, 5. Febr. Die „Presse“ erfährt, die Antwort der Pforte auf das serbische Ansuchen, betreffend die Zurücknahme der Garantieforderung, sei noch nicht erfolgt. — Das Consortium der neuen Goldrente zahlte den effectiven Goldbetrag für 40 Millionen Goldrente in die Staatskasse ein.

Paris, 5. Febr. Salisbury ist heute Morgen, nach London reisend, hier eingetroffen. Der „Moniteur“ bespricht die russische Circulär-Note und meint, dieselbe scheine das Mißtrauen und die pessimistischen Anschauungen der „Times“ nicht zu rechtfertigen. Die orientalische Frage müsse eine europäische bleiben, deshalb erwachsen aus derselben auch für Rußland keine Verantwortlichkeit oder Pflichten, welche von denen der übrigen Staaten verschieden seien. Der „Moniteur“ bemerkt, das Rundschießen Gortschakoffs verletze nicht das durch die Conferenz in Konstantinopel festgestellte Princip.

Verfailles, 5. Febr. Deputirtenkammer. Nadier Montjan theilte mit, er beabsichtige am Donnerstag die Regierung über die innere Politik zu interpelliren. Simon erklärte sich bereit, die Discussion sofort zu eröffnen. Leblond (gemäßigte Linke) erklärte, derartige Discussionen könnten nur im Lande Unruhe und Besorgnisse hervorrufen. (Beifall.) Nadierzog seine Interpellation zurück. Der Antrag Nadiers, betreffend die Aufhebung des Decrets von 1852, welches die Suspension und Unterdrückung von Journalen bezweckte, wurde angenommen mit dem Zusatz-Artikel, wonach die durch das Decret von 1852 aufgehobenen früheren Pressbestimmungen provisorisch wieder in Kraft treten sollen. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Raoul Duval (Bonapartist) gegenüber, welcher den Minister wegen seiner jetzigen Haltung zur Presse, welche mit der früheren in Widerspruch stünde, angegriffen hatte: unter verschiedenen politischen Lagen könne er eine verschiedene Doctrin befolgen. Zur Verhinderung der Angriffe der Bonapartisten sei nothwendig, die Gesetze wieder herzustellen, welche unter dem constitutionellen Regime bestanden.

London, 5. Februar. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Cairo von gestern die erfolgte Einzahlung von 11,500,000 Frs. zur Schuldentasse. Davon sollten 4,250,000 Frs. zur Einlösung der Coupons der unificirten Schuld, 6,900,000 Frs. für die Eisenbahn-Prioritäten-Bonds verwendet werden, der noch rückständige, aus der Mufabalah kommende Betrag sei zur Verzinsung und Amortisirung der Anleihen von 1864, 1865 und 1867 bestimmt. Es ergebe sich hieraus, daß die Zahlungen bei der Schuldentasse im durchaus normaler Weise vor sich gingen.

Konstantinopel, 5. Febr. Officiell. Edhem Pascha ist anstatt Mithad Pascha's zum Großvezier ernannt. Mithad ist von Konstantinopel entfernt. Weiter ist Kadri Bey zum Präsidenten des Staatsraths, Djavadet Pascha zum Minister des Innern, Dhanneß Effendi Thumitsch zum Handelsminister, Hassim Pascha zum Justizminister und Sadik Pascha zum Gouverneur der Donau-Bilajets ernannt worden.

Cairo, 5. Februar. Der der ägyptischen Finanzverwaltung eng-lischerseits beigeordnete General-Controleur Gerald Fitzgerald ist gestern hier eingetroffen, der französische Controleur wird am 7. d. erwartet. Die nach den Vorschlägen Göttsch's und Soubert's erfolgte, durch Decret des Khedive vom 28. November v. J. sanctionirte neue Organisation der Finanzverwaltung tritt damit in Wirksamkeit.

New-York, 5. Februar. Der Dampfer „Canada“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (E. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Bukarest, 5. Februar. Der Vertrag über die der russischen Armee einzuräumenden Stappenstraßen ist gestern vom Fürsten Carl unterzeichnet worden.

Konstantinopel, 5. Febr., Abds. Mithad Pascha durch alttürkische Palastintrigen gestürzt und nach Trapezunt verbannt. Verfassung wird rückgängig gemacht. Auswärtige Politik bleibt unverändert. Bisheriger Minister Sasfet bleibt.

Berlin, 5. Febr. Der gestrige Privatverkehr war bei niedrigeren Coursen ziemlich fest. Gegen den Schluß ermattete die Stimmung etwas. Der Verkehr war nicht bedeutend, nur Galizier gingen lebhafter um. Es wurden notirt: Credit 246,00—245,50—247,00—246,50, Franzosen 393,50 bis 395,50—395,00, Lombarden 128,00 nominell, 1860er Loose 99,50, Silberrente 56,50, Papierrente 52,10—52,40—52,25, Goldrente 61,50, Italiener 72,30, 5% ige Türken 12,75, Rumänier 14,00, Köln-Mindener Bahn 100,75, Bergisch-Märkische Bahn 78,90, Rheinische Bahn 109,75, Galizier 87,50 bis 88,25, Laurahütte 63,50—63,10—63,75, Deutsche Bank 86,25, Disconto-Commandit 109,50—109,75, 5% ige Russen 83,30, Reichsbank 157,75.

Die Stimmung der heutigen Börse kann nicht mehr die Bezeichnung „fest“ beanspruchen; die geschäftliche Thätigkeit war eine eingeschränkte und wenn auch das Angebot durchaus keinen dringenderen Charakter annahm, so wichen doch mehr oder weniger alle Speculationsbedenken in den Notirungen zurück. Veranlassung zu dieser gedrückten Haltung hatte die telegraphische Analyse eines „Times“-Artikels geboten, derzufolge die Eventualität eines Krieges wieder in Betracht zu ziehen sei. Die internationalen Speculationspapiere setzten ihr Coursniveau um mehrere Mark herab. Gegen den Schluß der Börse verlor der Verkehr an Regsamkeit, schien aber an Festigkeit etwas zu gewinnen. Die Dester. Nebenbahnen trugen ebenfalls eine weniger animirte Tendenz nur Borslberger zeigten sich bei regerem Verkehr fest. Galizier ließen etwas nach. Die localen Speculationspapiere bewegten sich in gedrückter Stimmung und ließen sämmtlich in den Notirungen nach. Anfanglich machte sich ein größeres Angebot in Disconto-Commandit bemerkbar, später nahm die Haltung einen ruhigen Charakter an. Disconto-Commandit 108 1/2, ult. 109 1/2—9 1/2—8 1/2. Laurahütte 63,25, ult. 63—62,25—63,30. Auswärtige Staatsanleihen wurden mäßig umgesetzt, gingen aber in den Coursen zurück. Auch russische Werthe niedriger. Preussische und andere Deutsche Staatspapiere unbelebt. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten blieb sehr gering, von einheimischen Devisen waren sämmtliche 4 1/2 procentigen bedorugt. Auf dem Eisenbahn-actienmarkt herrschte eine verhältnismäßig feste Haltung, doch blieben die Umsätze in sehr engen Grenzen. Von leichten Bahnen, ostpreussische Südbahn und Berlin-Dresdener fest und beliebt. Bank-Actien ruhig, Centralbank für Industrie besser (man spricht davon, daß der Abschluß des Ueberrahmedertrages, betreffend die Berlin-Dresdener Bahn unmittelbar bevorstehe); Stribant Wrede steigend, Geraer L. lebhast. Die jetzt herrschende Vorliebe für dies Papier ist wohl mit der in den leidenden Kreisen kundgegebenen Absicht, eine Capitalreduction einzutreten zu lassen, in Verbindung zu bringen. Amsterdamer Bank zog bei etwas regerem Geschäft um ein Geringes an.

Am 2 1/2 Uhr: Rubig. Credit 244,00, Lombarden 127,00, Franzosen 393,50, Reichsbank 157,00, Disconto-Commandit 108,75, Laurahütte 63,65, Köln-Mindener 100,50, Rheinische 109,25, Bergische 78,50, Rumänien 14,00, Türken 12,50, Italiener 72,00, 5% Russ. Anleihe 82,90, Dester. Goldrente 61,25, Silberrente 56,10, Papierrente 51,75.

S. Striegau, 5. Febr. [Vom Getreide- und Productenmarkt.] Auf dem heute abgehaltenen Wochenmarkt, der von Verkäufern und Käufern schwach besucht war, wurden für 100 Kilogr. folgende Preise gezahlt: Weißer Weizen 19—20 Mt., gelber Weizen 18—19—20 Mt., Roggen 16—17 bis 18 Mt., Gerste 13,50—14,50—15,50 Mt., Hafer 15—16—17 Mt. Kartoffeln 3,20—3,60 Mt. Heu 7,40 Mt., Rindfleisch 6 Mt., Krummstroh 5 Mt. Butter à Kilogramm 1,80—2 Mt., Eier pr. Schod 3,20—3,40 Mt. Der Verkehr war matt.

Berliner Börse vom 5. Februar 1877.

Fonds- und Gold-Cours.	
Consolidirte Anleihe.	104,10 bz
do. 1876.	95,90 bz
Staats-Anleihe.	96,10 B
Staats-Schuldenscheine.	92,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855.	141,60 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	102,10 etzb
Berliner	101,60 B
Pommersche	83,60 bz
do.	95,40 bz
do. Ländsch.Ord.	101,80 bz
Pommersche neu.	94,70 bz
Schlesische	94,90 B
Landschaftl.Ord.	95,30 bz
Kur- u. Neumark.	95,25 bzG
Pommersche	95,30 bz
Pommersche	94,90 bz
Westfäl. u. Rheinl.	97,80 bz
Schlesische	95,80 B
Schlesische	95,80 B
Schlesische	122,90 bzB
Rheinische	124,50 bzG
Österr.-Münd. Präm.-Anl.	109,50 bz
Sachs. Rente von 1876	71,50 bz

Kuch. 40 Thaler-Lose	250,80 G
Badische 35 Fl.-Lose	143,40 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe	84 bzB
Oldenburger Loose	136,75 bz

Hypotheken-Certificates.	
Krupp'sche Präm.-Obl.	104,30 bz
Unk. Präm.-Obl.	99,25 bzG
do.	106,75 bzG
Deutsche Hyp.-Bk. Präm.	95,75 bzG
do.	101 bzG
Kündb. Cent.-Bd.-Cr.	102,25 bz
Unkündb. do. (1872)	101,75 bz
do. rückb. 110/5	105,75 G
do. do. do. 4%	98,90 bz
Unk. H.A. Präm.-Obl.	102,90 bzG
do. III. Em. do.	102 G
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	101 bzG
Hyp.-Anst. Nord.-G.-H.	101 bzG
do. do. Pfandb.	105,75 bzG
Pomm. Hyp.-Bk. Präm.	102 bz
do. do. II. Em.	108 bz
Soth. Präm.-P. 2 Em.	107 bz
do. do. II. Em.	102,80 bzG
do. 4% do. do. m. 110	96,75 bz
Meininger Präm.-Pdb.	102,75 G
Oest. Silber-Pdb.	95,75 bzG
Hyp.-Cr. Präm.-Pdb.	95,80 bzG
Pdb.-Oest. Bd.-Cr. G.	100 G
Schles. Bodencr.-Pdb.	94 G
do. do. do.	103,50 G
Südd. Bod.-Cr. Pdb.	98 G
do. do. 4% do.	98 G
Wiener Silber-Pdb.	95,75

Ausländische Fonds.	
Oest. Silber-R. (1. H.)	56,30 bzG
do. (2. H.)	56,20 bzG
do. Goldrente	61,40 bzG
do. Papierrente	52,10 bz
do. 54er Präm.-Anl.	95,75 bz
do. Lott.-Anl. v. 68.	297 G
do. Credit-Lose	258 bz
do. 64er Loose	148,25 bzG
do. Präm.-Anl. v. 64	158 bzG
do. do. 1865	81,75 bzG
do. Bod.-Cr. Pdb.	81,75 bzG
do. Cent.-Bd.-Cr. Pdb.	80,80 bz
do. Poln. Pfandb. III. Em.	72,25 bz
do. Poln. Pfandb. Pfandb.	63,75 bz
Amerik. rückb. p. 1881	102,20 B
do. do. 1885	103,50 B
do. 5% Anleihe	103,50 B
do. 5% Anleihe	72 G
Ital. Tabak-Oblig.	102,60 etzb
do. Grazer 180 Thlr. L.	69,50 bzB
Rumänische Anleihe . .	85,40 bz
Türkische Anleihe . . .	126,70 etzb
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	88,30 B [B]
Schwedische 10 Thlr. L.	39 bz
Finnische 10 Thlr. L.	39 bz
Türkische 20 Thlr. L.	28,80 bzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg.-Märk. Serie II. 4%	85 bzB
do. III. v. St. 3 1/2%	84,40 bz
do. do. VI. 3 1/2%	103,25 bzG
do. Hess. Nordbahn.	102,75 bzG
Berlin-Görlitz	82 bzG
do. Lit. G.	83,90 bz
Breslau-Freib. Lit. D.	—
do. do. E.	—
do. do. F.	—
do. do. G.	—
do. do. H.	—
do. do. J.	—
do. do. K.	—
do. von 1876	99,50 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	92,50 bzG
do. do. IV.	90,75 bz
do. do. V.	100,30 G
Malle-Soran-Guben . .	95 G
Hannover-Altenbekon .	95 G
Märkisch-Posen	97 G
V.-M. Staatsb. I. Ser.	—
do. do. II. Ser.	—
do. do. Obl. I. u. II.	—
do. do. III. Ser.	96 B
Oberschles. A.	—
do. B.	—
do. C.	—
do. D.	93,25 B
do. E.	85,75 bzG
do. F.	101,50 G
do. G.	99,80 B
do. H.	101,60 bzG
do. von 1869	103,25 G
do. von 1873	95,50 B
do. von 1874	98 G
do. Brieg-Neisse . . .	94 G
do. Cosel-Oderb. . . .	103,25 G
do. do.	—
do. Stargard-Posen . .	99,25 B
do. do. II. Em. . . .	99,25 B
do. do. III. Em. . . .	99,25 B
do. Nördl. Zweg. . . .	102,20 G
Ostpreuss. Südbahn . .	101,10 G
Schlesw. Eisenbahn . .	99,75 bzG

Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Aachen-Maschicht . .	21,10 bzG
Berg.-Märkische . . .	78,50 bzG
Berlin-Anhalt	194,70 bzG
Berlin-Dresden	24,90 bzG
Berlin-Görlitz	22,50 bz
Berlin-Hamburg . . .	168,25 bzG
Berlin-Nordbahn . . .	—
Berlin-Potsd.-Magdb.	18,75 bzG
Berlin-Stettin	19,50 bz
Böhm. Westbahn . . .	71,50 bz
Breslau-Freib.	70,50 bz
Cöln-Minden	160,60 bz
do. Lit. B.	—
Cuxhaven-Eisenb. . .	0
Dux-Bodenbach . . .	7,60 bz
Gal.-Carl-Ludw.-B. . .	87,75-50 bz
Halle-Soran-Gub. . .	13,50 bzG
Hannover-Altenbekon .	16,90 bzG
Kaschau-Oderberg . .	37,10 bz
Kronpr. Rudolfb. . .	45,75 bz
Ludwigsb.-Bxh. . . .	17,75 bzB
Märk.-Posener	19,50 bz
Magdeb.-Halberst. . .	107,20 bz
do. Lit. B.	—
Mainz-Ludwigsb. . . .	95,50 bz
Niedersch.-Märk. . .	128,20 bzB
Obersch.-A.O.D.E. 1874	120,60 bz
Oesterr.-Fr. St.-B. . .	395,93-50-94
Oest. Nordwestb. . .	192,00 bzG
Oest. Südb. (Lomb.) . .	128,75-50
Outrepu. Südb. . . .	24,50 bz
Rechte-O.-U.-Bahn . .	169,40 bz
Rheinisch-Westf. . . .	169,40 bz
Rheinische	169,40 bz
do. Lit. B. (Aggar.) .	91,75 bz
Rhein-Nahb.-Bahn . .	12,20 bzG
Rumän. Eisenbahn . .	14,00 bzB
Schwab. Westbahn . .	22,00 bz
Stargard-Posen . . .	101,25 bz
Thüringer Lit. A. . . .	126,50 bzG
Warschau-Wien	182,75 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.	
Berg.-Märk. Serie II. 4%	85 bzB
do. III. v. St. 3 1/2%	84,40 bz
do. do. VI. 3 1/2%	103,25 bzG
do. Hess. Nordbahn.	102,75 bzG
Berlin-Görlitz	82 bzG
do. Lit. G.	83,90 bz
Breslau-Freib. Lit. D.	—
do. do. E.	—
do. do. F.	—
do. do. G.	—
do. do. H.	—
do. do. J.	—
do. do. K.	—
do. von 1876	99,50 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	92,50 bzG
do. do. IV.	90,75 bz
do. do. V.	100,30 G
Malle-Soran-Guben . .	95 G
Hannover-Altenbekon .	95 G
Märkisch-Posen	97 G
V.-M. Staatsb. I. Ser.	—
do. do. II. Ser.	—
do. do. Obl. I. u. II.	—
do. do. III. Ser.	96 B
Oberschles. A.	—
do. B.	—
do. C.	—
do. D.	93,25 B
do. E.	85,75 bzG
do. F.	101,50 G
do. G.	99,80 B
do. H.	101,60 bzG
do. von 1869	103,25 G
do. von 1873	95,50 B
do. von 1874	98 G
do. Brieg-Neisse . . .	94 G
do. Cosel-Oderb. . . .	103,25 G
do. do.	—
do. Stargard-Posen . .	99,25 B
do. do. II. Em. . . .	99,25 B
do. do. III. Em. . . .	99,25 B
do. Nördl. Zweg. . . .	102,20 G
Ostpreuss. Südbahn . .	101,10 G
Schlesw. Eisenbahn . .	99,75 bzG

Wechsel-Cours.	
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3 169,95 bz
do.	2 M. 3 169,95 bz
London 1 Lstr.	3 M. 2 20,395 bz
Paris 100 Fr.	8 T. 3 81,35 bz
Petersburg 100 R.	3 M. 6 259,00 bz
Warschau 100 R.	8 T. 6 253,20 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 165,25 bz
do.	2 M. 4 164,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Divid. pro 1876	1876 Zf.
Aachen-Maschicht . .	1
Berg.-Märkische . . .	4
Berlin-Anhalt	4
Berlin-Dresden	2 1/2
Berlin-Görlitz	0
Berlin-Hamburg . . .	10
Berlin-Nordbahn . . .	—
Berlin-Potsd.-Magdb.	3
Berlin-Stettin	6 1/2
Böhm. Westbahn . . .	5
Breslau-Freib.	5 1/2
Cöln-Minden	4 1/2
do. Lit. B.	5
Cuxhaven-Eisenb. . .	0
Dux-Bodenbach . . .	0
Gal.-Carl-Ludw.-B. . .	6
Halle-Soran-Gub. . .	0
Hannover-Altenbekon .	0
Kaschau-Oderberg . .	4 1/2
Kronpr. Rudolfb. . .	5
Ludwigsb.-Bxh. . . .	9
Märk.-Posener	0
Magdeb.-Halberst. . .	4
do. Lit. B.	4
Mainz-Ludwigsb. . . .	6
Niedersch.-Märk. . .	4
Obersch.-A.O.D.E. 1874	15 1/2
Oesterr.-Fr. St.-B. . .	6 1/2
Oest. Nordwestb. . .	5
Oest. Südb. (Lomb.) . .	0
Outrepu. Südb. . . .	0
Rechte-O.-U.-Bahn . .	4
Rheinisch-Westf. . . .	4 1/2
Rheinische	4
do. Lit. B. (Aggar.) .	4
Rhein-Nahb.-Bahn . .	0
Rumän. Eisenbahn . .	2 1/2
Schwab. Westbahn . .	0
Stargard-Posen . . .	4 1/2
Thüringer Lit. A. . . .	4 1/2
Warschau-Wien	7 1/2

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
Berlin-Görlitz	5
Berliner Nordbahn . .	5
Breslau-Warschau . .	0
Halle-Soran-Gub. . .	0
Hannover-Altenbekon .	0
Kaschau-Oderberg . .	3 1/2
Märkisch-Posen . . .	3 1/2
Magdeb.-Halberst. . .	3 1/2
do. Lit. C.	5
Oest. Südbahn	5
Pomm. Centralb. . . .	5
Rechte-O.-U.-Bahn . .	6 1/2
Rumänier	8
Saal-Bahn	5
Weimar-Gera	2 1/2

Bank-Papiere.	
Allg. Deut. Hand. G.	0
Anglo-Deutsche Bk.	3
Berl. Kass.-Ver.	17,7
Berl. Handels-Ges.	5
do. Prod.-u. Hdl.-B.	9 1/2
Braunschw. Bank.	6 1/2
Bresl. Disc.-Bank.	2
Bresl. Makl.-Ver.	4
Bresl. Wechselb.	4
Coburg. Cred.-Bank.	2 1/2
Dauisger Priv.-Bk.	7
Darmst. Creditb.	6
Darmst. Zettelb.	5 1/2
Deutsche Bank . . .	3
do. Reichsbank . . .	4 1/2
do. Hyp.-B. Berlin	7 1/2
Disc.-Comm.-Anst.	7
do.	7
Genossensch.-Bk.	5 1/2
do.	5 1/2
Gew. Schuster u. C.	5 1/2
Grb. Grundcred.	10
Hamb. Vereins-B.	9 1/2
Hannov. Bank . . .	10
Königsb. Ver.-Bank	5 1/2
Ludw.-B. Kwielleit	6
Leipz. Cred.-Anst.	7
Luxemburg. Bank.	6 1/2
Magdeburger do.	5 1/2
Meininger do.	3
Moldauer Lds.-Bk.	6 1/2
Nordb. Bank	9
Nord. Grundcred.	9
Oberlausitzer Bk.	2
Oest. Cred.-Actien	5
Pomer. Prov.-Bank	2 1/2
Pr. Bod.-Cr.-Act.	8
Pr. Cent.-Bd.-Cr.	2 1/2
Sächs. Bank	10
Sächs. Cred.-Bank	5 1/2
Schl. Bank-Verein	5
Schl. Vereinsbank	5
Thüringer Bank . .	5
Weimar Bank . . .	0
Wiener Unionb.	2 1/2

In Liquidation.	
Berliner Bank . . .	fr. 88,50 G
Berl. Bankverein . .	fr. 48,75 G
Berl. Lombard-B.	fr. —
Berl. Prod.-Makl.-B.	fr. 57,50 G
Berl. Wechselb.	fr. —
Centralb. f. Genoa	fr. 95,50 G
Deutsche Unionb.	fr. 89,00 bz
Hannov. Disc.-Bk.	fr. 97,75 G
Hessische Bank . .	fr. 56,50 G
Ostdeutsche Bank	fr. —
Pr. Credit-Anstalt	fr. —
Ver.-Bk. Kwieltorp	fr. 1,30 G

Industrie-Papiere.	
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	fr. 712,60 G
D. Eisenbahn-G.	fr. 9,90 bzG
do. Reichs-u. Co.-G.	fr. 67,00 G
Nord. Sch.-Masch.-G.	fr. 13,50 bzG
Nord. Gummi-Fab.	fr. 52,50 G
do. Papierfabr.	fr. —
Westend. Com.-G.	fr. 2,50 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	fr. 120 etzb
Schles. Feuervers.	fr. 420 G
Donnersmarkhütte	fr. 18,50 bzG
Dortm. Union . . .	fr. 6,10 bzG
Königs-u. Laurah.	fr. 63,25 bz
Lauchhammer . . .	fr. 4,75 G
Marienhütte	fr. 7 B
Oschl. Eisenwerke	fr. 4,25 bz
Schl. Kohlenwerk	fr. 7,50 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	fr. 77,50 G
do. St.-Pr.-Act.	fr. 85,75 G
Tarnowitz. Bergb.	fr. 40,25 bz
Vorwärts-Hütte . .	fr. 12 G
Baltischer Lloyd . .	fr. 41,75 G
Bresl. Bierbrauer.	fr. —
Bresl. E.-Wagenb.	fr. 45,75 G
do. ver. Oelfabr.	fr. 44,00 G
Bresl. S.-Anst.	fr. 17,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	fr. 40,75 G
Hofm's Wag-Fabr.	fr. 15,50 G
O. Schl. Eisenb.-B.	fr. 25,25 G
Schl. Leinwand.	fr. 68,50 G
do. Porzellan . . .	fr. 9,00 G
Wilhelms-Hütte MA.	fr. 70,00 B

Bank-Discount 4 pCt.	
Lombard-Zinsfuß 5 pCt.	

174. Franzosen*) 196%. Lombarden*) 63%. Nordwestbahn 96. Silberrente 56%. Papierrente 51%. Russische Bodencredit 81. Russen 1872 85%. Amerikaner 1885 102%. 1860er Loose 98%. 1864er Loose 258,00. Creditactien*) 122. Oesterreichische Nationalbank 697,00. Darmst. Bank 101%. Berliner Bankverein. —. Frankfurter Wechselbank. —. Oesterreichische Bank. —. Meiningen Bank 71. Heftische Ludwigsbahn 95%. Oberhessen. —. Ungarische Staatsloose 143,00. do. Schatzanweisungen 83%. do. Schatzanweisungen neue 81%. do. Ostbahn-Obligationen 11. 57%. Central-Pacific 99%. Reichsbank 157%. Silbercoupons. —. Goldrente 61%. Speculationspapiere matt und weniger belebt.

*) der med. resp. per ultimo.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 122, Franzosen 196%, 1860er Loose 258, Silberrente —, Papierrente —, Salzler 174%, Lombarden —, Goldrente —, Nationalbank —.

Hamburg, 5. Febr. Nachmittags. [Schluss-Cour.] Hamburger St.-Br.-Act. 117 1/2, Silberrente 56 1/2, Goldrente 61 1/2, Credit-Actien 122, 1860er Loose 99 1/2, Franz. 491, Lombarden 157, Ital. Rente 72 1/2, Vereinbank 118 1/2, Laurahütte 62 1/2, Commerzb. 100 1/2, Norddeutsche 129, Anglo-deutsche 43 1/2, Internationale Bank 85 1/2, Amerikaner de 1885 97 1/2, Köln-Minden. St.-A. 100%, Rhein-Eisenbahn do. 109 1/2, Berg.-Märk. do. 78 1/2, Disconto 2% pCt. Matt.

Liverpool, 5. Febr. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfängerbericht.) Baumwollener Umsat 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 9000 B., davon 1000 B. amerikanische.

Liverpool, 5. Febr. Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsat 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Matt.

Middl. Upland 6 1/4, middl. Orleans 6 1/2 D.

Paris, 5. Febr. Nachm. Rohzucker steigend, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 75, 00, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 81, 00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Februar 84, 75, pr. März 84, 75, pr. April 84, 75, pr. Mai-August 85, 50.

London, 5. Febr. Savannazucker starr.

Antwerpen, 5. Febr. Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig. Roggen matt. Hafer stetig. Gerste befestigt.

Antwerpen, 5. Febr. Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Typo weiß, loco 50 bez. u. Br., pr. Februar 48 1/2 Br., pr. März 44 Br., pr. April 44 Br., pr. September 47 Br. — Weichend.

Bremen, 5. Febr. Nachmittags. [Petroleum.] (Schlussbericht.) Ruhig. Standard white loco 19, 50, pr. Februar 19, 25, pr. März 18, 00.

Hamburg, 5. Febr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 220 M. Br., 219 M. Br., September-October —. — Roggen, April-Mai 158 1/2 M. Br., 157 1/2 M. Br., September-October —. — Rüböl, Mai 75 M. Br., 74 1/2 M. Br., October —. — Petroleum, loco 19 M. Br., 18 1/2 M. Br. — Spiritus, lauf. Monat 44 1/2 M. Br., 44 1/2 M. Br., April-Mai 44 M. Br., 44 M. Br., Mai-Juni 44 1/2 M. Br., 44 1/2 M. Br., Juni-Juli 45 M. Br., 45 M. Br., Juli-August 45 1/2 M. Br., 45 1/2 M. Br., August-September —.

Berlin, 5. Februar. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist mild und freundlich, was sicherlich dazu beigetragen hat, daß unser Markt heute in recht matter Stimmung für Getreide eröffnete. Für Roggen acceptirte man anfänglich etwas schlechtere Gebote, die Offerten auf Termine genügten der Nachfrage aber nicht. Preise befestigten sich daher und schloffen eher höher als Connabend. Russische Commissionäre treten jetzt häufig als Käufer in den Markt und das war auch heute der Fall. Loco ging der Handel nicht schlanke. — Roggenmehl fest. — Weizen eröffnete niedriger, befestigte sich später wieder, erreichte vorgestrigen Standpunkt aber nicht vollständig